

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 E. Reich: Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftigen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortlich: Amt I, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Mittwoch, den 6. September 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Lebenskraft der Socialdemokratie.

Rom, Ende August.

II. *)
 Auf der am Schluss des vorigen Artikels erwähnten Zusammen-
 kunft der socialistischen parlamentarischen Fraktion, die nebst der
 Zeitung „Avanti“ das einzige leitende Organ der Partei ge-
 blieben ist, haben wir uns damit beschäftigt, den italienischen
 Socialisten einige Verhaltungsmaßregeln für die gegenwärtige Lage
 unseres politischen Lebens zu geben.
 Was das Verhalten der Gemeinde- und Provinzialräte anlangt,
 so haben wir zunächst das Beispiel gebilligt, das in einigen Städten
 von den Provinzialkonferenzen der socialistischen Erwählten ge-
 geben ist.
 Betreffs der Taktik in der Kommunal-Verwaltung
 haben wir erklärt, daß da, wo die Socialisten in der Minorität
 sind — das ist der häufigste Fall —, daß sie da bei den Verhand-
 lungen über das kommunale Budget die Gelegenheit ergreifen
 müssen, um Propaganda zu treiben und die Beschlüsse der Majorität
 vom socialistischen Standpunkte zu kritisieren und zu kontrollieren.
 Wo die Socialisten in der Majorität sind, müssen sie sofort an
 die Abschaffung der Luxusausgaben gehen, sowie an die Verwirklichung
 praktischer Reformen nach unserem Minimumprogramm, wie Ver-
 minderung der Steuern auf die Verbrauchsartikel des Volkes,
 Vermehrung der Schulen, Schulfantinen, finanzielle Unterstützung der
 Arbeiterkassen, Bevorzugung von Produktiogenossenschaften bei der
 Vergabe öffentlicher Arbeiten etc.
 Freilich giebt unser Kommunalgesetz, das die Kommunen unter
 die Vormundschaft der Regierungsautorität stellt, keine große Mög-
 lichkeit zur Verwirklichung dieser Reformen; denn die Präfecten
 annullieren stets die von den Socialisten gefassten Beschlüsse. Aber
 dann dient dies erst recht zur Propaganda; denn die Bevölkerung
 erkennt, daß die Socialisten Reformen einführen wollen, und daß es
 die Regierung ist, die sie an ihrer nützlichen, civilisatorischen Arbeit
 hindert.
 So muß also die Handlungsweise der Socialisten in den kom-
 munalen und provinziellen Verwaltungen stets im Gegensatz zur
 Centralregierung und den gegenwärtigen Gesetzen stehen, die den
 Privilegien der herrschenden Klasse so günstig sind.

In Bezug auf die Taktik bei den allgemeinen poli-
 tischen Wahlen, deren Wahrscheinlichkeit sich übrigens ver-
 mindert hat; denn die Regierung hat infolge der letzten Wahlergebnisse
 eingeschlossen, daß die socialistische und republikanische Partei viel
 zu gewinnen hätten, wenn sie im nächsten Oktober Wahlen statt-
 finden ließe — in Bezug hierauf haben wir folgenden Beschluß
 gefaßt:

Unsere nationalen Parteitage (in Florenz im Jahre 1896 und
 in Bologna im Jahre 1897) hatten bestimmt, daß die socialistische
 Partei allein und gesondert von jeder anderen Partei
 in der Abstimmung beim ersten Wahlgang vorgehen müsse;
 im Falle der Stichwahl dürfe sie aber für die Republikaner stimmen.
 Unter den ausnahmsweise reaktionären Verhältnissen, die bei
 uns herrschen, war es notwendig, das Bündnis der socia-
 listischen Partei mit der republikanischen Partei
 und der radikalen Partei der äußersten Linken fortzusetzen;
 denn diese drei Gruppen haben den Obstruktions-Feldzug im ver-
 gangenen Juni, der uns die ganze Sympathie des Volkes eingebracht
 hat, geführt.

Aber wir haben das Bündnis auf diese drei vollstündlichen
 Parteien, welche die äußerste Linke bilden, beschränkt. In der Zei-
 schrift „Critica sociale“, deren Wiedererscheinung nach der
 Verkleinerung Turatis ebenfalls einer der erfreulichsten und bemerkens-
 wertesten Beweise für die Lebenskraft der socialistischen Partei
 ist, wurde von einem Genossen eine gegenteilige Meinung vertreten.
 Indem er wegen der Not des Augenblicks einseitig dem Kampfe gegen
 die Reaktion gar zu viel Wichtigkeit beimah, hatte er vorgeschlagen,
 die socialistischen Wähler sollten ihre Stimmen sogar für die Kandida-
 ten der konstitutionellen Linken, deren Führer Zanardelli und
 Giolitti sind, abgeben.

Aber über die augenblickliche Notlage hinaus giebt es noch Gründe,
 socialistische Partei als Massenpartei zu sein, und für die
 Individuen wie für die Parteien ist es nicht möglich, wegen eines
 vorübergehenden Nutzens auf höhere und dauernde Gründe für die
 materielle und moralische Existenz zu verzichten.

Die Führer Zanardelli und Giolitti haben den Belagerungs-
 zustand und die Kriegsgerichte gebilligt, und sie haben sogar für die
 reaktionären Gesetzentwürfe bei der ersten Lesung im letzten März
 gestimmt. Lediglich mit Worten opponierten sie erst bei der
 zweiten Lesung, als sie sahen, daß unser Obstruktionsfeldzug sieg-
 reich war, und daß es für sie bequem wäre, im Bewußtsein des
 Volkes sich wieder eine politische Reindecke zu verschaffen.
 Aber ein Bündnis mit diesen sehr reaktionären, wenn jetzt auch
 antiministeriellen Deputierten würde jeden Massencharakter der
 socialistischen Partei verwischen haben, und die parlamentarische
 Fraktion hat eine Resolution gefaßt, in der die Vereinigung der
 drei Gruppen der äußersten Linken unter Vorbehalt als auferlegt
 durch die Notwendigkeit des Augenblicks bezeichnet wird; die
 Socialisten sollen aber ihre Wahlthätigkeit zur Propaganda des Ideals
 und der socialistischen Prinzipien benutzen, die höher stehen, als die
 vorübergehenden Zufälligkeiten eines Kampfes gegen die Reaktion,
 die nicht erst von gestern ist und auch nach morgen noch fortbauern
 wird.

Um einen nationalen Parteitag zu versammeln, was von
 mehreren Genossen gefordert wurde, haben wir erklärt, daß man
 die kommunalen und politischen Wahlen benutzen muß, um sich
 wieder in sozialen Gruppen zu organisieren; diese allein werden
 Vertreter der Partei auf den nationalen Parteitag senden können,
 an dessen Stelle es sich gegenwärtig empfiehlt, Provinz-Parteitage
 abzuhalten, wie man es bereits in einigen Städten der Lombardei,
 Piemonts und Toscanas gethan hat.

Ein anderer Beweis für die Lebenskraft unserer Partei ist in
 dem Buch enthalten, den einige piemontesische Genossen gedruckt
 haben, außer den vier wöchentlichen Journalen ein tägliches für

*) Vergl. Nr. 204 des „V.“

ihre Gegend zu begründen, um die Propaganda und den Kampf mit
 größerer Lebhaftigkeit zu führen, als es durch unser Centralorgan
 „Avanti“, das in Rom erscheint und sehr verspätet nach dem fernem
 Piemont kommt, möglich ist.
 Thatsächlich hat in Piemont unsere Partei den größten Auf-
 schwung genommen und ist dort sehr gefestigt.
 In Turin, der Geburtsstadt der Dynastie, haben wir zwei socia-
 listische Deputierte (Moragari und Rofri), und auch im Stadtrat haben
 wir jetzt daselbst eine starke Minorität. In Alexandria, der zweiten
 Stadt Piemonts, haben die Socialisten im Stadtrat die Majorität
 erobert, und der Bürgermeister der Stadt ist unser Genosse, der Uhr-
 macher Sacco. Der Kuzen einer Tageszeitung, die in Turin er-
 scheinen würde, springt also in die Augen.
 Aber wir haben beschlossen, daß sie nur dann zu begründen ist,
 wenn durch den Verlust der Abonnenten und des Verlaufs in
 Piemont unser Centralorgan in Rom nicht gefährdet wird. Zur
 Entscheidung der Frage soll eine technische Kommission eingesetzt
 werden.

Weiter haben wir noch beschlossen, eine ausgedehnte Agitation gegen
 die Einrichtung des Zwangsdomizils zu entfalten. Das Zwangs-
 domizil ist eine Art innerer Deportation (nach Inseln, ohne Arbeit,
 mit 50 Centimes täglich, welche die Regierung jedem Deportierten zu
 zahlen hat), eine rein administrative Deportation nach russischem
 Muster; das heißt ohne Richterpruch, sondern nach dem Ermessen
 der Polizei; sie kann bis zu einer Dauer von fünf Jahren verhängt
 werden.

Auf den Inseln zwischen Neapel und Sicilien sind jetzt mehr
 als hundert politische Deportierte vorhanden, Opfer von Mißbräuchen
 und Geknechtigkeiten aller Art.
 Wir haben beschlossen, neben den andern Mitteln der Propa-
 ganda in der Presse auch einen politischen Deportierten als Kandi-
 daten zum Parlament zu bestimmen, um in energischerer Weise gegen
 das Zwangsdomizil zu protestieren.

Endlich hat die socialistische parlamentarische Gruppe, um die
 Pflichten der internationalen Solidarität nicht zu versäumen, an die
 französischen Socialisten und speziell an den Genossen
 Faure eine Depesche geschickt, mit dem Ausdruck unserer be-
 geisterten Solidarität für den edeln und mutigen Kampf, den er
 mit revolutionärem Bewußtsein für die Gerechtigkeit
 und die Civilisation führt.
 Dem in Italien billigen alle Socialisten einstimmig das Ver-
 halten der französischen Socialisten in der Affäre Dreyfus (mit
 Ausnahme des Jules Millerand); natürlich muß man über den
 Justizirrtum hinaus, wovon leider zu zahlreiche Beispiele in allen
 Ländern vorkommen, die Gelegenheit besonders zum revolutionären
 Kampfe gegen den mit dem Militarismus verbündeten Militarismus
 benutzen.

Wir italienischen Socialisten erwarten, daß die Regierung den
 Mut hat, die Kammer aufzulösen, um zu sehen, welches Urteil das
 Land bei den politischen Wahlen fällen wird.
 Enrico Ferri.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Die Gewesenen.
 Die Personalveränderung in den preussischen Ministerien
 regt die Presse noch zu allerlei Betrachtungen an, ohne daß
 etwas Belangvolles zu Tage gefördert würde. Zu erwähnen
 wäre, daß fast alle Blätter den gewesenen Ministern nichts
 sonderlich Gutes nachreden. Ein toter Minister hört eben auf,
 Gegenstand von Lobeserhebungen zu sein.

Ueber die Gründe der Entlassung wird nichts Sicheres
 mitgeteilt. Ein Teil der Presse teilt die Vermutungen, die
 wir gestern geäußert. Noch weniger wird über die neuen
 Männer berichtet. Daß der jetzige Kultusminister Studt mit
 den Vobellschwärzungen Bemühungen in Verbindung gestanden
 hat, zeigt, daß Herr Vosse wenigstens keinen gottlosen Nach-
 folger bekommen hat.

Einen Systemwechsel nimmt niemand an. Daß . . . ein
 Umfassung unserer Politik oder eine besondere Ge-
 staltung der Verhältnisse zu erwarten wäre, glauben wir nicht.
 Die Persönlichkeiten der Minister kommen
 heutzutage recht wenig in Betracht. Deshalb
 läßt uns auch der ganze Ministerwechsel recht kühl. So
 schreibt die händlerische „Deutsche Tageszeitung“, deren Urteil
 wir vollinhaltlich unterschreiben.
 Die einzige Ausgabe, die wir haben, ist, uns an die neuen
 Namen zu gewöhnen, eine Bemühung, die schwieriger und
 weniger lohnend ist, als die alten zu vergessen.

Nationalliberale Zuchthausagitation.

Die „National-Zeitung“ zeigt ungebrochenen Eifer im
 Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Schon seit
 sie ihren Ergeiz in den Nachweis, daß ihre Partei in der
 Frage des Zuchthausgesetzes eigentlich gar nicht zurückstehe
 hinter den — Konservativen:
 „Was den Kampf gegen den Umsturz betrifft, so haben die
 Konservativen die meisten Bestimmungen des in der vorigen
 Session im Reichstag eingebrachten Entwurfs ebenso skeptisch
 aufgenommen, wie wir und unsere Gefinnungsgenossen; sie
 machen allerdings viel Bedenken davon, daß sie die einer sorgfältigen
 Prüfung wertigen Vor schläge zur Ausgestaltung des § 169 der Gewerbe-
 Ordnung einer solchen unterziehen wollten, während ein Teil der
 Nationalliberalen, im Gegensatz zu der von uns vertretenen
 Ansicht, dies für überflüssig hielt. Der Unterschied war — im
 Hinblick auf die ablehnende Haltung des Centrums — mehr
 taktischer als sachlicher Art, und die von uns
 nicht gebilligte Taktik beruhte, wie wir alsbald hervor-
 gehoben, auf ungenügender Würdigung der norddeutschen, in-
 sonderheit preussischen Verhältnisse seitens einiger national-liberaler

Wortführer aus den süddeutschen Kleinstaaten. Wir hegen keinen
 Zweifel, daß die zweite Beratung der Vorlage nach der
 Wiederannahme der Reichstags-Verhandlungen anders
 verlaufen wird.“

Um neben den Konservativen das freundliche Auge der
 Regierung zu haben, ist diesen Nationalliberalen jede Wüberei
 gegen die Arbeiterklasse willkommen. —

Deutsches Reich.

Amliche Streikstatistik. In den Vierteljahresheften zur Statistik
 des Deutschen Reichs wird soeben die amtliche Streikstatistik für das
 2. Quartal d. J. veröffentlicht. Es wurden vor dem 1. April 1899
 begonnen (aber erst später beendet) 48 Streiks, im 2. Quartal d. J.
 wurden begonnen 857 Streiks. Beendet wurden im 2. Quartal
 332 Streiks. An den beendeten Streiks waren 2476 Betriebe betei-
 ligt, in denen bei Ausbruch des Streiks 69 833 Arbeiter beschäftigt
 waren. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 84 600.
 Als Kontraktbrüchig werden davon wieder 8888 Arbeiter bezeichnet.
 Wie weit diese Zahlen der Wirklichkeit entsprechen, wird noch
 zu untersuchen sein. Daß sie mit großer Vorsicht aufzunehmen sind,
 haben wir schon bei den Angaben für das erste Quartal nach-
 zuweisen vermocht.

Die Zusammenfassung für beide Quartale ergiebt 574 begonnene
 Streiks (und 12 vor dem 1. Januar begonnene) und 533 beendete.
 An den beendeten Streiks waren 2910 Betriebe mit 80 048 Arbeitern
 und höchstens 43 382 gleichzeitig Streikende beteiligt. Davon
 sollen 12 594 Kontraktbrüchig gewesen sein.

Eine kritische Besprechung der Angaben behalten wir uns vor.

Wer nicht gemahregelt worden ist. Nach den der
 „Deutschen Tages-Zeitung“ zugeordneten Nachrichten
 scheint es festzustehen, daß alle Regierungspräsidenten und Landräte
 in den einseitigen Aufstand versetzt worden sind, die in der
 zweiten und dritten Lesung gegen den Mittelland-Kanal
 gestimmt haben. Dagegen scheint der Landrat von Haffelbach,
 der vor der dritten Lesung sein Mandat niederlegte,
 nachdem er in der zweiten gegen den Kanal gestimmt hatte, noch
 für geeignet erachtet zu werden, die Kanalvorlage in seinem Kreise zu ver-
 treten. Auch davon haben wir nichts gehört, daß die Landräte Bränt,
 Dr. Zderhoff und Risch, die bei der zweiten Lesung gegen
 den Kanal gestimmt hatten, bei der dritten aber entschuldigt
 fehlten, zur Disposition gestellt worden seien. Sie scheinen
 also dadurch, daß sie durch irgend welchen Zufall an der dritten
 Lesung nicht teilnahmen, dem Schicksale entgangen zu sein, und
 dieser Zufall scheint sie in den Augen der Staatsregierung zur
 Weiterführung ihres Amtes geeignet zu machen.

Wie sagte doch Schweinburg! Die Maßregelung hängt mit der
 Abstimmung in der Kanalfrage nicht zusammen. Lediglich ist der
 Verantwortliche der Maßregelung schlimmer daran: Rede ist ent-
 lassen, die Landräte sind nur auf Wartegeld gesetzt. —

Noch ein Abschiedsbrief. Herr v. Bonin verabschiedet sich
 in einem Extrablatt zum „Neustettiner Kreisblatt“ also von
 seinen Kreisangehörigen:

„Des Königs Majestät haben auf den Vortrag des könig-
 lichen Staatsministeriums zu genehmigen geruht, mich in den einsei-
 tigen Aufstand zu versetzen. Indem ich demgemäß mit dem
 heutigen Tage mein Amt niederlege, danke ich allen Kreisangehörigen,
 insbesondere den Herren Beamten, welche mir unterstützt waren,
 wie auch denen anderer Ressorts für das Vertrauen und die
 wirksame Unterstützung, welche sie mir während meiner mehr
 als 25jährigen Thätigkeit als Landrat des Kreises entgegen-
 gebracht und gewährt haben. Ich scheidet aus dem Amte
 mit dem Bewußtsein, in meinem amtlichen und
 außeramtlichen Verhalten immer nur das
 Wohl des Vaterlandes und des Kreises im Auge
 gehabt zu haben, und bitte die Bewohner des Kreises, mir
 ihr bisheriges Vertrauen und Wohlwollen auch ferner erhalten
 zu wollen.
 Neustettin, den 2. September 1899.
 v. Bonin, Landrat z. D.“

Herrn v. Bonin hat also weder der naheende Erlaß des Fürsten
 Hohenzollern noch die Aussperrung zur Nation befehlet. Der Stürze
 meint noch immer, durch sein außeramtliches Verhalten, d. h. durch
 seine Begierde gegen die Kanalvorlage der Regierung dem
 Vaterlande gedient zu haben. Ein arger Arger! —

Heber Nacht anders besonnen hat sich die „Post“. Am
 Montag bemerkte sie zum Ministerwechsel,
 „daß die mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringende Ein-
 wirkung, welche der Minister des Innern auf die Abgeordneten,
 welche zugleich Verwaltungsbeamte sind, verübte, den unmittel-
 baren Anstoß zu seiner Demission gegeben hat.“
 Vierundzwanzig Stunden später schreibt dasselbe Blatt:
 „Thatsächlich wird in einem Teile der Presse, und zwar so
 wohl in der äußersten Rechten, wie in der socialdemokratischen
 Presse der Rücktritt der beiden Minister als ein Erfolg der scharfen,
 gegen ihre Maßnahmen gerichteten Kritik bezeichnet. In Wirk-
 lichkeit kann davon natürlich nicht die Rede
 sein.“
 Die „Post“ bezieht ihren politischen Weisheitswechsel offenbar
 vom — „Berliner Tageblatt“.

Zu empfehlende Erinnerung bringt sich, wie gewöhnlich, das
 freisinnige „Berliner Tageblatt“ bei den neuen Ministern. Sie
 widmet ihnen so verzückte Huldigungen, als ob es sich um Biquart
 oder Freyhäcker handelte. Wenn die neuen Männer bereits wieder
 geben werden, wird das Organ Wosses wieder schimpfen. — So
 etwas nennt man Freisinn! —

Der „Märkischen Volks-Zeitung“ hat unsere Betrachtung
 über den Katholikentag gar nicht behagt. Sie widmet uns zur Ab-
 wech einen umfassenden Sermon, dessen sachlicher Gehalt in un-
 geghebrtem Verhältnis zur Fülle seiner wütigen Schimpf-
 kraft steht. „Geschworene Feinde des Christentums“ seien wir,
 weil wir nachwiesen, daß die Handlungen der Centrums-
 partei mit Christentum nichts gemein haben — in dieser
 Art glaubt das katholische Organ sich von unserer Kritik los-
 stellen zu dürfen. Natürlich hüllet sich die „Märk. Volksztg.“, das,
 was unser Artikel wirklich sagt, ihren Lesern irgendwo mitzuteilen.

Der Artikel ist uns lediglich ein neuer Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung, daß der Centralpartei, so mächtig und stark sie äußerlich erscheint, doch nichts innerwärtig von jener Kraft der Wahrheit, die allein schöpferische Werke wagt. —

Zur Hebung des Ostens. Somabend ist bei der Durchreise nach Polen Oberbürgermeister Wittling von dem Minister Wiquel empfangen worden. Man wird, der „National-Ztg.“ zufolge, in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich um ernste Besprechungen über verschiedene umfassende Maßregeln handelt, welche die Staatsregierung in Ausführung ihres Kultur- und Wirtschaftsprogramms für die Ostprovinzen plant. —

Wochens. 4. Sept. (Fig. Bericht.) In einer „Seden-Sitzung“ des hiesigen Landgerichts wurden unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Kellinghof acht Teilnehmer am Heiner Streik abgeurteilt. Die Angeklagten sind der Rötigung bezw. Körperverletzung, die sie in der Nähe von Jechen am 20. bezw. 27. Juni an Kameraden begangen haben sollen, beschuldigt. Es wurde insgesamt auf 91 Monate Gefängnis erkannt. Wozny erhielt 1 Jahr 11 Monate, Schmielewsky und Krumrehe je 1 Jahr, Lubiczak, Golocit, Mertes und Salek je 9 Monate und Sobrowsky 8 Monate Gefängnis; Kowalowsky wurde freigesprochen. Wie der „Wochener Anzeiger“ schreibt, sind noch so viele in Untersuchung, daß die Gesamtsumme der verurteilten Freiheitsstrafen weit über hundert Jahre übersteigen dürfte. Nach sorgfältigen Aufzeichnungen, die Scharführer dieses Vorgekommene hat, sind verurteilt worden: im Juli 21 Angeklagte zu 165 Monaten 0 Wochen und 3 Tagen, im August 8 Angeklagte zu 62 Monaten, im September 8 Angeklagte zu 91 Monaten Gefängnis; das macht insgesamt: 25 Jahre 8 Monate 6 Wochen 3 Tage Gefängnis. Freisprechungen erfolgten bisher nur fünf. Bei Abmessung des Strafmaßes wird die „Gefährlichkeit der damaligen Situation“ mit in Betracht gezogen. —

Streikprojekt in Dresden. Schon wieder wurde ein Maurer wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Er soll einen Streikbrecher Lump genannt haben. Einziger Belastungszeuge war der „Genötigte“ selbst, und dem mit aller Not und Mühe die Verfertigung der Anklage herausgebracht wurde. Der Angeklagte — Maurer Strid — bestritt das ihm zur Last gelegte; er will nur von Kumerei in streiklosen Zusammenhänge gesprochen haben. Ein Entlassungszeuge bestätigte das im wesentlichen. Trotzdem die hohe Strafe! —

Aus der Wahlbewegung im Pirnarer Kreise. Wieder eine sozialdemokratische Wahlversammlung beschließend verurteilt! Auf einem Feldgrundstück in Ragen sollte am Sonntag Konrad Häntsch über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen. Aber die Arbeiter denken — und die Behörden lenken. Am Freitagabend waren ein Vertreter der Antihauptmannschaft, der Gemeindevorstand und als Dritter im Bunde der Gendarm bei dem Versammler des Grundstücks erschienen und hatten allerlei Bedingungen über die Beschaffenheit des Platzes gestellt, die beim besten Willen nicht erfüllt werden konnten. Da sollte das ganze Roggenfeld umgegraben, der Strohschleim sollte um nicht weniger als 200 Meter von seinem Platze entfernt und endlich sollte auch ein in der Nähe befindlicher Mithausen mit Brettern zugedeckt und verschlagen werden. Ob letztere Maßregel mit Rücksicht auf die guten Gesundheitsverhältnisse der sozialdemokratischen Arbeiter getroffen werden sollte — die Behörden sind uns gegenüber ja immer recht aufmerksam — entzieht sich unserer Kenntnis. Die beiden ersten Forderungen hat die Behörde angeblich mit Rücksicht auf etwa entstehende Feuergefahr gestellt. Um die Versammlung zu ermöglichen, wollte der Einberufer dafür garantieren, daß niemand rauche, das war von der Behörde nicht acceptiert worden. So konnte die Versammlung, zu der von nah und fern sehr zahlreiche Besucher herbeigekommen waren, nicht stattfinden. Das ist nun schon die zweite in der Ragenen Gegend von der Behörde verordnete Wahlversammlung. Ob die Behörde durchaus eine nochmalige Versammlung der Wahl durch solche ungerechtfertigte Eingriffe in den Wahlkampf herbeiführen will?

Trotz solcher Hindernisse nimmt die Agitation im Wahlkreise aber sehr lebhaften Fortgang. Am letzten Sonnabend und Sonntag waren von unserer Seite 44 Versammlungen, sämtlich unter freiem Himmel, arrangiert. Außerdem wurde die Nummer 3 der „Wahl-Zeitung“ in 22 000 Exemplaren in den Industriebezirken verteilt. Auch die Freisinnigen hatten sieben Versammlungen, welche fast alle von unserer Seite mit Diskussionsrednern besetzt wurden, einberufen. —

Ein Trinkspruch. Der Kaiser hat am Montagabend bei der Parade im Schloß zu Stralsburg einen Trinkspruch auf das 15. Armee-Korps ausgebracht: Der kommandierende General habe das Korps in ganz vorzüglicher Verfassung vorführen können. Ich wünsche, daß es alle Zeit, auch im nächsten Jahrhundert, so brav und tüchtig seine Friedensausbildung betreiben möge, damit es stets seiner hohen Aufgabe gerecht bleiben möge, im Schatten des ewigen Münsterdomes dieser herrlichen Stadt. —

Der bayerische Landtag ist, wie aus München telegraphisch gemeldet wird, auf den 28. September einberufen worden. —

Nach eine „Verstaatlichung“.

Zu der Angelegenheit der Zeiß-Stiftung wird uns weiter aus Jena geschrieben:

Wer da geglaubt hat, daß sich der in letzter Zeit fast ebenso oft als Professor Abbe genannte Oberbürgermeister Singer von Jena mit der ihm seitens des erlernten zu Teil gewordenen Abfertigung zufrieden geben würde, hat sich geirrt. Am Tage nach dem Erscheinen der erwähnten Erklärung des gelehrten Beraters des Vorstandes der Karl Zeiß-Stiftung ließ der Oberbürgermeister unter dem trüben Titel „Professor Abbe contra Karl Zeiß-Stiftung“ ebenfalls eine Erklärung vom Stapel, die den Zweck hatte, seine Haltung zu rechtfertigen, in Wirklichkeit aber ihren Urheber nur noch tiefer in die Linte ritt. Herr Singer veröffentlichte nämlich einen Briefwechsel, der zwischen ihm und Professor Abbe stattgefunden hat. Zunächst kam ein Brief des Oberbürgermeisters an die Reihe, welcher, nachdem Singer seine Behauptungen aufrecht erhalten, folgenden Schlußsatz enthielt:

„Daß diese Zustimmung (des Stiftingskommissars) zur Unterfertigung der Beschlüsse, in welcher auch sozialdemokratische Schriftsteller anliegen müssen, gegeben worden ist, habe ich immer abfällig kritisiert, in Jena sowohl als in Greiz. Da aber diese meine Kritik sich zunächst nicht gegen Sie (Anmerkung: sondern gegen die „Ruffisch“ führende Stiftingsverwaltung), berechtigt Herr Professor, richtet, sehe ich keinen Grund ein, warum wir beide die Waffen kreuzen sollen. Wir wollen uns doch lieber freuen, daß in unserem freien, monarchischen Lande Sie, als Staatsbeamter, die Sache der staatsgefährlichen Socialdemokratie — Oberbürgermeister Schmidt-Erntz nannte in Greiz die sozialdemokratischen Lehren das schlimmste Gift für unser Volk — fördern, und ich als Beamter die Stellungnahme des Staates zu Ihrer Thätigkeit bedauern können.“

In dem sozialdemokratischen Staat der Thrannei würden wir uns das nicht erlauben dürfen. Und wenn wir es wagten, dann würden wir beide hinaus; ich voraussichtlich zuerst, Sie aber, verehrter Herr Professor, mir gleich hinterdrein.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Oberbürgermeister Singer.

In seinem Antwortschreiben spricht Professor Abbe seine Freude aus über die Bestimmtheit der von Singer abgegebenen Erklärungen, die es ihm ermöglichen, die Sache vor den Gerichten zum Austrag bringen zu lassen und zugleich die von ihm (Abbe) zu wahrnehmenden Interessen Singer gegenüber in ganz akademischer Form vertreten zu können. Am Schluß schrieb Professor Abbe:

Mit Bezug auf den Schluß Ihres Briefes aber bemerke ich noch, daß ich in diesem Punkt: unsere Leidensgenossenschaft im socialdemokratischen Staat — ganz und gar mit Ihnen übereinstimme. Nur der Unterschied besteht für mich, daß ich — als ungläubiger Thomas, der ich nun einmal bin — auch an diesen Staat nicht glaube. Infolge dessen kann mich der Gedanke an die mit in Aussicht gestellte Leidensgenossenschaft nicht daran irren machen, bis an mein Lebensende für die Verbesserung des nicht socialdemokratischen Staates einzutreten und die Socialdemokratie — nicht zu fördern, wie Sie mir fälschlich nachsagen — sondern auf meine Art zu bekämpfen, indem ich helfe, die im Vergleich mit socialdemokratischen Lehren noch viel schlimmeren Misse umständlich zu machen, die im nicht socialdemokratischen Staat unser Volk bedrohen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Dr. E. Abbe.

Diese Charakteristik des heutigen Staatswesens und eine solche „Belämpfung“ läßt sich die Socialdemokratie ganz gern gefallen. Um seinen Standpunkt zu rechtfertigen, emittierte Singer dann eine Reihe von Bestimmungen aus dem Statut der Karl Zeiß-Stiftung, die scheinbar seine Auffassung unterstützen, die sich aber bei näherer Betrachtung als vollständig falsch erweisen.

Wie sehr Herr Singer im Unrecht ist, beweisen folgende Stiftingsbestimmungen:

Zweck der Stiftung ist nach § 1 sub B Absatz 2: Verhütung in gemeinnützigen Einrichtungen und Maßnahmen zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung Jena und seiner nächsten Umgebung.

§ 103 hat folgenden Wortlaut:

„Unter dem in § 1 sub B an zweiter Stelle benannten Titel sollen alle Aufwendungen gerechtfertigt sein zu Gunsten gemeinnütziger Einrichtungen oder Veranstaltungen in Jena und seiner nächsten Umgebung, welche geeignet sind, das leibliche Wohl, die wirtschaftliche Lage oder die Lebensamehmlichkeit der in industrieller oder handwerklicher Arbeit stehenden Volksschichten zu fördern, oder gewerblicher, allgemein bildender Belehrung und geistiger Anregung ihrer Angehörigen zu dienen.“

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Subventionierung der Beschlüsse unter die Gesichtspunkte dieses Paragraphen fällt. Von nachgehender Bedeutung für das Unterstufungsrecht der Stiftingsverwaltung und des Stiftingskommissars (dem Vertreter der Staatsbehörde) sind jedoch folgende Bestimmungen:

§ 5, Absatz 3. Stiftingsverwaltung und Stiftingskommissar sind verpflichtet, die Angelegenheiten der Karl Zeiß-Stiftung in allem nach den Vorschriften des Statuts und gemäß den aus ihm erkennbaren Absichten des Stifters zu leiten. Sie dürfen dabei auf Staatsinteressen, welche den ausgedehnten Rücksichten der Stiftung fremd sind, nicht weitergehende Rücksichten nehmen, als auch für Privatpersonen geltend geboten ist.

§ 108. Die Verfügung über die Mittel der Karl Zeiß-Stiftung mit Bezug auf die in § 1 dieses Statuts sub B namhaft gemachten Zwecke steht der Stiftingsverwaltung zu. Jedoch haben der Stiftingskommissar und die Vorstände der Stiftingsbetriebe das Recht, jederzeit Anträge aus § 1 B stellen zu können und über alle Anträge anderer sowie über Absichten der Stiftingsverwaltung, soweit es sich nicht um innere Angelegenheiten des Unterstufungsrechts handelt, vor der Beschlussfassung gehört zu werden.

Uebereinstimmenden Anträgen sämtlicher Vorstandsmitglieder der in Jena bestehenden Stiftingsbetriebe in Bezug auf Aufwendungen zu Gunsten der in den §§ 101—103 benannten Zwecke ist stets stattzugeben. Gegen das einstimmige Votum dieser Personen sind Aufwendungen der genannten Art nicht zulässig.

Die nach einer solch' klaren Formulierung der Absichten des Stifters von einer „besonderen staatlichen Aufsicht“ die Rede sein kann, ist einfach unverständlich. Es dürfte außer dem rechtskundigen Herrn Oberbürgermeister schwerlich jemand geben, der so etwas fertig bringt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Dresden, 3. September. Ein interessanter Majestätsbeleidigungs-Prozess wurde heute vor der fünften Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelt. Der Angeklagte war ein in den hiesigen Militärverhältnissen beschäftigter verheirateter Sattlergehilfe Patschwig. Gelegentlich irgend eines Jubiläums erhielten die Arbeiter der Militärverhältnisse je fünf Mark als Geschenk. Darüber soll sich nun P. geringschichtig ausgesprochen und dabei eine den sächsischen König (?) beleidigende Aeußerung gethan haben. Die Anklage wurde erhoben auf die Denunziation eines entlassenen Mitarbeiters, Namens Böhmig, hin. Dieser glaubte durch diese Geldbestrafung sich einzuschmeißen und seine verlorene Stelle wieder zu erlangen. In der Hauptverhandlung — die während der Beweisaufnahme wie üblich geheim geführt wurde und viereinhalb Stunden währte — waren dreizehn Zeugen geladen. Vier davon, darunter der Denunziant, erklärten unter Eid, die fragliche Aeußerung bestimmt gehört zu haben. Acht Zeugen sagten, entlastend aus. Sie konnten nicht sagen, die Aeußerung ist nicht gefallen, sie erklärten aber bestimmt, in aller nächster Nähe des Angeklagten sich aufgehalten und nichts gehört zu haben von einer derartigen Aeußerung. Dem Angeklagten, der noch völlig unbescholtene ist, wurde von allen Seiten, auch vom Bezirksrichter, das beste Zeugnis ausgestellt. Auf Grund dieser Ergebnisse der Beweisaufnahme erfolgte Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht hat Bedenken getragen, wie es in der Urteilsbegründung hieß, unter Verlesung dessen, wie die Anklage zu stande kam, und anderer Umstände den Belastungszeugen volle Glaubwürdigkeit beizumessen. Es müßte auch deshalb bezweifelt werden, daß die Beleidigung gefallen ist, weil sie nach Lage der Sache gerade hervorgerufen hätte genannt werden müssen, da sich der Angeklagte gar nicht im Zweifel darüber sein konnte, daß er durch eine derartige Aeußerung nicht nur ins Gefängnis, sondern auch um seine gutlohnende — 30 Mk. Wochenverdienst — Stelle gekommen wäre, die er seit 13 Jahren inne hatte. Es läme dabei gar nicht in Betracht, was für eine politische Gesinnung P. habe, obwohl er erklärt hat, „Woinigiren“ zu sein.

Ausland.

Die Pest.

Der Petersburger „Regierungsbote“ enthält folgende Bekanntmachung der zur Bekämpfung der Pest eingesetzten Kommission: Die erste Erkrankung in dem Dorfe Kolobowka im Kreise Jarosch des Gouvernements Astrachan fand am 16. Juli alten Stils statt. Im Laufe der Zeit erkrankten 24 und starben 23 Personen. Der letzte Todesfall erfolgte am 12. August, die letzte Erkrankung fand am 9. August statt. Somit befindet sich noch eine Person in Behandlung; diese ist in häuslicher Genesung begriffen. Der Bericht fährt dann fort: Die Krankheit wurde ohne Zweifel eingeschleppt, doch ist noch nicht festgestellt, woher. Die von dem Prinzen von Oldenburg, der seit einigen Tagen bereits nach Petersburg zurückgekehrt ist, getroffenen Maßnahmen bestanden, abgesehen von der Erziehung der Natur der Krankheit, in der völligen Absperrung des Dorfes Kolobowka durch einen militärischen Kordon und der Leistung ärztlicher Hilfe. Ferner wurden die Gesundheitsverhältnisse des ganzen Gouvernements Astrachan untersucht; hierbei wurde festgestellt, daß außer im Dorfe Kolobowka nirgends verdächtige Krankheitserscheinungen. Zugleich mit der Ergreifung der bezeichneten Maßnahmen wurde ein Nachlassen der Krankheit bemerkt. Seit dem 3. August erfolgten die Erkrankungen weit seltener und hörten seit dem 10. August völlig auf. Zur genaueren Bestimmung des Charakters der Krankheit wird demnach eine besondere aus Mitgliedern des Medizinalkollegiums und anderen Sachverständigen bestehende Kommission einberufen, deren Gutachten bekannt gegeben werden wird.

Cardiff, 5. Sept. Das aus Llysoy gefommene Schiff, welches einen Pesttrauen an Bord hatte, ist einer dreiwöchigen Quarantäne unterworfen worden. —

Der Prozeß gegen die royalistische Verschwörung.

Bis jetzt sind 44 Personen in die Untersuchung wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates verwickelt; davon sind 25 Personen im Gefängnis, die übrigen in Freiheit oder auf der Flucht. Der Bericht des Generalprokurators Faber, welcher die Grundlage der Untersuchung bildet, wird einer aus neun Mitgliedern bestehenden, unter dem Vorsitz des Senators Bergerer stehenden Untersuchungskommission überwiegen werden. Die Arbeiten der Untersuchungskommission werden voraussichtlich 6 bis 6 Wochen dauern, so daß die öffentliche Verhandlung des Staatsgerichtshofes nicht vor Ablauf von zwei Monaten beginnen dürfte. Unter den beschlagnahmten Papieren sollen auch Beamtenlisten sich befinden, welche bei der Rückkehr des Herzogs von Orleans zur Grundlage von Ernennungen gemacht werden sollten. In den Listen befinden sich die Namen verschiedener Generale a. D.

In Avignon und Bordeaux wurden ebenfalls Hausdurchsuchungen in den royalistischen Zeitungen gehalten und Papiere beschlagnahmt. —

Transvaal-Krisis.

Die Nachrichten lauten heute wieder kritischer. Der „Standard“ meldet aus Johannesburg von Montag: Selbst diejenigen Persönlichkeiten, die den Buren erstlich geraten haben, ein maßvolles Verhalten anzunehmen, haben jetzt angefangen, alle Hoffnung aufzugeben, daß die Feindseligkeiten noch abgewendet werden könnten. Eine dieser Persönlichkeiten hat sich dahin geäußert, Transvaal würde 30 000, der Oranje-Freistaat 20 000 Mann ins Feld stellen können.

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Bloemfontein telegraphiert, daß daselbst eine große Rasse Kriegsvorrat auf dem Markt niedergelegt worden sei, da Waffen und Munition unter die Bürger des Oranje-Freistaates verteilt werden sollen. Nach einer Schätzung von einer dem Oranje-Freistaate fremdbildigen Seite sind dort aus Transvaal 1000 Mäusergewehre und 6000 Patronen eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 5. September. In Marseille, Toulouse, Pau, Rebers, Angoulême und anderen Orten haben heute Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der royalistischen oder antisemitischen Komitees stattgefunden. Einige Papiere wurden beschlagnahmt. —

Spanien.

Madrid, 5. September. Der Unterkommandant bei dem früheren Geschwader Cerros, Barbis, und der Kommandant des „Christobal Colon“, Diaz Mora, welche wegen der Niederlage bei Santiago de Cuba vor dem Kriegsgericht standen, sind freigesprochen worden. —

Serbien.

Der verstorbene ehemalige Ministerpräsident Jovan Ristitsch war 1831 geboren, studierte in Heidelberg, Berlin und Paris, und erlangte bereits 1865 die Stellung eines Ministerpräsidenten. Nach der Ermordung des Fürsten Michael war er während Milans Vinderyährigkeit Mitglied der Regentenschaft. 1878 vertrat Ristitsch auf dem Berliner Kongresse und es gelang ihm, für sein Land nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch eine bedeutende Gebietsvergrößerung durchzusetzen. Als er aber Oestreich schroff entgegentrat, erzwang dies durch eine Note 1880 seine Entlassung. Doch bereits 1887 stand Ristitsch, der sich inzwischen der liberalen russischen und linken Partei Serbiens angeschlossen hatte, an der Spitze eines Ministeriums und 1889—90 war er zum zweitenmal Mitglied einer Regentenschaft, und zwar für den Sohn Milans, den jetzigen König Alexander. Nach seinem Ausscheiden aus der Regentenschaft zog er sich ganz ins Privatleben zurück. —

Belgrad, 5. September. Der Beginn des Hochverrats-Prozesses ist wegen des Ablebens des früheren Ministerpräsidenten und Regenten Ristitsch auf Freitag verschoben worden. —

Partei-Nachrichten.

Parteilokalforenzen. Am Sonntag tagte in Freienwalde eine Konferenz des Wahlkreises Oberbaern, an der 32 Delegierte teilnahmen. In ihrer Stellungnahme zu den Gemeindevahlen nahm die Versammlung eine von Salomon-Wriezen gestellte Resolution an, in der festgelegt wurde, daß die Parteigenossen aller Orte an den Kommunalwahlen sich zu beteiligen haben und wenn nötig, Kompromisse mit anderen Parteien abschließen. Der erste Teil fand allseitige Billigung, während sich um den Schluß ein heftiger Kampf entspann. Schließlich wurde auch der zweite Teil der Resolution mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 804.98 M., eine Ausgabe von 700.75 M., so daß ein Bestand von 104.23 M. verbleibt. Außerdem sind für die Hinterbliebenen der Löbauer 140.10 M. abgesetzt. Als Delegierter für Hannover wurde Horner G. Stein-Wriezen und für die Provinzialkonferenz in Berlin Salomon-Wriezen, Goldbach, Eberwalde und Hirsland-Wriezen gewählt. Zum Reichstagskandidaten wurde, wie bisher, Dr. Bruns-Berlin und als Kreisvereinsmann Salomon-Wriezen und als Stellvertreter G. Stein-Wriezen bestimmt.

Der Parteitag für Ost- und Westpreußen tagte diesmal in Danzig. Es war den dortigen Genossen gelungen, für diesen Zweck ein Kofol zu erhalten und konnte so zum erstenmal ein Arbeiterparlament in Danzig tagen. Aus den Berichterstattungen ist zu entnehmen, daß die Agitation eine günstige Entwicklung genommen hat. Es konnte konstatiert werden, daß die Partei fast in allen Kreisen der Provinz Anhaltungspunkte gefunden hat. In seinem Referat über den Parteitag in Hannover bemerkte Reichstags-Abgeordneter Gaake unter anderem: „Die Partei ist nicht dogmatisch und muß daher ihr Programm oft einer Prüfung unterziehen. In letzter Zeit haben bedeutende Parteigenossen Einsichten geäußert, die sich gegen unsere bisherige Taktik richten. Wenn Parteigenossen, wie Bernstein, an die Partei herantreten und sagen, unser Programm ist nicht mehr ganz einwandfrei, dann müssen wir wohl keine Argumente einer eingehenden Prüfung unterziehen. Die Gegner haben schon triumphiert, doch zu früh, das wird der Parteitag in Hannover beweisen. Gerade weil es sich in Hannover um einen so wichtigen Punkt handelt, müßten die Genossen demselben erhöhte Bedeutung beilegen. Ich sehe auf dem Standpunkt, Bernstein sieht die Entwicklung der Dinge in Deutschland nicht mehr richtig an. Das macht sein Aufenthalt in England. Wie stehen fortwährend mit den Arbeitern in Verbindung und kommen zu ganz anderen Schlüssen. Bernstein nimmt an, daß sich alle Staaten im Zustande einer zunehmenden Demolierung befinden. Er hält den Sieg der Demokratie für unfern Sieg; daß das falsch ist, beweist die Schweiz. Er wirft uns vor, daß wir auf die vollständige Vereindung der Arbeiter warten, um unsere Ziele zu verwirklichen. Unser Bufen beweist aber das Gegenteil, denn wir arbeiten gerade darauf hin, die Lage der Arbeiter zu verbessern und setzen alles daran, sie vor der vollständigen Vereindung zu bewahren. Es wird auf dem Parteitag in Hannover nicht nur die Frage des Principes erwoogen werden, sondern ein äußerst wichtiger Beratungspunkt wird auch die Taktik sein. Die Partei hat ihre Taktik stets nach den gegebenen Verhältnissen zu wählen, natürlich darf gegen unsere Principien nicht verstoßen werden. Die Vorgänge in Belgien, in Oestreich und Bayern zeigen uns, daß wir allen Grund haben, über unsere Taktik gründlich zu sprechen, damit wir nicht vom richtigen Wege abkommen.“

Zur Agitation soll ein für Westpreußen geeigneter Kalender wie in Ostpreußen herausgegeben werden.

Die Parteitage West- und Ostpreußen werden in Zukunft nicht mehr abgehalten, sondern Westpreußen soll seiner eigenartigen Bevölkerung wegen die Agitation allein betreiben und auch demgemäß seinen eigenen Parteitag abhalten.

In Voller fand am Sonntag eine Kreisversammlung des ersten hessischen Wahlkreises (Sieben) statt. Vertreten waren 17 Orts durch ca. 40 Delegierte. Gegenstände der Tagesordnung waren die bevorstehende Landtagswahl im Kreis Sieben-Land und der Parteitag in Hannover. Die Beschlüsse des Parteitages wurde beschlossen, alle Delegierten Genosse Scheidemann gewählt. Nach längerer Diskussion über die Verneinung kam die Konferenz zu dem Schluss, daß dem Delegierten vollständig freie Hand zu lassen sei. Obwohl sich niemand direkt für Verneinung aussprach, war die Konferenz doch einmütig der Ansicht, daß es ein großer Fehler sein würde, Verneinung etwa auszuschließen.

Zum Parteitage. Eine Parteiverammlung für den vierten sächsischen Reichstags-Wahlkreis beschloß, beim Parteitag den Antrag einzubringen, über ganz Deutschland ein gegen die Fuchthausvorlage gerichtetes Flugblatt, das der Parteivorstand herausgeben soll, zu verbreiten.

Der große Unfug. Eine neue eigenartige Anwendung hat der so dehnbare Begriff des Strafgesetzbuches gegen den Redacteur des Völkerverein erhalten; er ist zum Schutzwächter des Gedankens vom Völkerverein ernannt worden. In dem genannten Blatt war eine Notiz erschienen, die in heftigen Worten den Sedarum kritisierte; darauf hat das Amtsgericht gegen den verantwortlichen Redacteur einen Strafbefehl auf sechs Wochen Haft lautend, erlassen. Es wird ja in der Sache nach die Berufungsinstanz abzuwarten sein, aber es beschäftigt sich damit nur, daß fortgesetzt neue Schönheiten dieses vagen Begriffes der Rechtsprechung entdeckt werden.

Zehn Jahre Kampf. Am 1. September d. J. konnte unser Düsseldorf-Parteiorgan, die „Niederrheinische Volkstribüne“, auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Es ist eine Periode des Kampfes, des schweren, opferreichen Ringens, wie es keinem Blatte erspart bleibt, das unsere Parteianhänger berichtet, die unsere Kollegen in Düsseldorf durchzulämpfen hatte. Allein 5 Jahre, 11 Monate und 13 Tage Gefängnis, sowie 5657 M. Geldstrafe weist die Strafliste der in diesem Zeitraum am Blatt gewesenen Redactoren auf. Aber dem gegenüber ist die erfreuliche Thatfache zu verzeichnen, daß die Parteibewegung von Jahr zu Jahr wuchs und die Stimmzahl bei den Reichstagswahlen von 1893 im Jahre 1897 sich auf 12 657 im Jahre 1898 erhöhte. Auch in der Ausgestaltung konnte das Blatt nach und nach höheren Ansprüchen genügen und seit dem Jahre 1894 erscheint es in einer täglichen Auflage. So ist der Tag ein Ehrentag, unsere Parteifreunde können mit innerer Genugthuung auf die zehn Jahre des Wirkens und Schaffens für die Partei zurückblicken. Wir haben den Wunsch, daß unser Bruderorgan, das unter so schwierigen Verhältnissen die Propaganda für unsere Ideen zu führen hat, auch ferner mit bestem Erfolg für unsere Sache wirken möge.

Stimmungsbilder von der „Affaire“.

Ueber die Sonnabend-Sitzung, in der General Gonse von Labori und General Rogel vom Zeugen Hauptmann Desfonds-Lamotte einem scharfen Verhör unterworfen wurde, schreibt unser Berichterstatter aus Rennes unterm 2. September:

Wit dem Wetter, das ironisch, düster, regnerisch geworden ist, ist auch der Ort des Kriegsgerichts düster geworden. Um 6 1/2 Uhr kommen die militärischen Zeugen und setzen sich auf ihren Platz. Die Schlacht wird weiter gehen.

Wir erleben sofort eine der bewegtesten und entscheidendsten Sitzungen, die von den bisherigen nur mit der vergleichbar ist, in welcher der Hauptmann Freyherr auf den Zeugenstand trat, um Worte der Wahrheit zu sprechen.

Ganz zuerst legt der Kommandant Hartmann seine Aussage fort und beschließt sie mit bemerkenswerter Klarheit. Er bringt die Generale Rezier und Deloys auf den Zeugenstand, welche versuchen, die Wirkung, welche diese lächerliche Erklärung über das Bordereau auf die Richter hervorbrachte, abzuschwächen. Bergelbische Räthe. Der Kommandant Hartmann hat auf alles eine klare Antwort. Und nach Verlauf einer halben Stunde muß der peride und unter dem Scheine eines gütlichen Jünglings ausweichende General Deloys sich für belogen erklären.

Havel, Mitglied des Instituts, Professor am Collège de France und an der Sorbonne, tritt dann auf, um seinerseits das Bordereau zu besprechen. Aus ihm spricht der Gelehrte und er beweist mit den feinsten grammatischen und philologischen Gründen, daß Esterhazy der Verfasser des Bordereaus ist, daß es seinen Stil zeigt, und daß der Hauptmann Drexfus ihm sicherlich eine andere Form gegeben hätte, falls er es geschrieben hätte.

Doch ich komme zum ersten der beiden bedeutenden Zwischenfälle der Sitzung.

Als in der gestrigen Sitzung der General Gonse in die Diskussion eingegriffen hatte und dabei von neuem den Oberst Picquart angegriffen hatte, verlangte Labori die Verlesung der Briefe, die General Gonse an Picquart in dem Augenblick schrieb, als der Generalstab und er selbst diesen zu verderben suchten. Diese Verlesung wurde heute bei der Wiederaufnahme der Sitzung durch den Berichtschreiber Couppois vorgenommen. Da die Verteidigung über die Zeichen „herzlicher Achtung“, die Gonse Picquart nach seinem Abgange vom Ministerium bezeugte, sich billig verwunderte, so kam General Gonse, um sich zu erklären. Aber er ließ nur seiner Leidenschaft von neuem freien Lauf und griff Picquart in feindseliger Weise an. Jedoch zu seinem eigenen Schaden. Labori legte ihm aus dem Stegreif eine Reihe scharfsinniger, niederstimmender Fragen vor, in deren Reih sich der General Gonse vergeblich eine halbe Stunde lang wehrte, um schließlich elend zusammenzubrechen.

Um diesen Teil der Sitzung verständlich zu machen, muß ich jedoch in einigen Worten an die Machinationen des Generalstabes erinnern, als Oberst Picquart „das Geheimnis der Unschuld Drexfus“ nicht in das Grab mitnehmen wollte“ und deswegen aus dem Ministerium verbannt und nach Afrika geschickt wurde. Während Picquart in Gabes war, öffnete man seine Briefe im Nachrichtenbureau. In einem derselben, der von einem Freund, der häufig mit Picquart Frau de Comminges besuchte, geschrieben war, fand man häufig die Ausdrücke Gott und Halbgott angewendet. Da man diesen Brief gegen Picquart nicht benutzen konnte, wurde er ihm gefandt. Aber die Fälscher verfertigten einen anderen, kompromittierenden, in welchem sie dieselben Ausdrücke benutzten. Derselbe wurde der Post übergeben, angehalten und dem Allenbündel Picquart einverleibt!

Dann wurde das famose „Petit bleu“, das vom Oberst Schwartloppen herrührt und das Oberst Picquart gegen Esterhazy herangezogen hatte, gefälscht. Die Adresse war: Esterhazy, 27 rue de la Vieillesse, Paris. Diese Adresse wurde ausradirt und auf die Adressierung schrieb man von neuem dieselbe Adresse. Die Fälscher wollten den Verdacht hervorbringen, daß Picquart den Namen des Adressaten geändert habe, um Esterhazy bloßzustellen, und versuchten so, den Zeugen der Wahrheit der Fälschung zu überführen.

Schließlich wurden dann an Picquart falsche und bloßstellende Depeschen adressirt.

Und ich betone hierbei, daß all' dieses geschah, während General Gonse brieflich Picquart seiner Freundschaft versicherte.

Labori konnte an alle diese Dinge erinnern und sie in einem Verhör von Fragen, das ein wahres Meisterwerk bildete, klarstellen. Sie sagen,“ rief er aus, „daß Sie die Umtriebe des Oberst Picquart überwahten, Umtriebe, die Ihnen zweifelhaft und verdächtig erschienen? Aber warum schreiben Sie ihm denn freundliche Briefe, und wie vereinigen Sie diese Zweideutigkeit Ihres Verhaltens mit der militärischen Loyalität?“

Sie sagen, daß Sie nur die verdächtigen Briefe öffneten? Wie voran erkannten Sie denn diese? Und wie kommt es, daß Sie an

den Oberst Picquart alle authentischen Briefe gelangen ließen, die von seinen Freunden stammten, und daß Sie nur den einen, gefälschten, im Ministerium verfertigten, zurückbehielten und in das Allenbündel einverleibten?“

Und Gonse stammelte unter dem rührenden Verhör Laboris, unter dem mächtig unterdrückten Hohnschrei des Publikums, unter der wachsenden Bewirung der Offiziere des Generalstabes, die ihren Vorkämpfer in der Hitze und Dummheit verlorren sahen.

Aber weiter, General Gonse mußte sich auch über die Kopierungen im „Petit bleu“ erklären. Er mußte anerkennen, daß die Feststellung dieser Kopierung, die von den Fälschern des Generalstabes verübt war, in dem Moment geschah, wo die Verfolgungen gegen Picquart begannen.

Nun sprang General Rogel herzu, um zu versuchen, die Richter über die Kopierungen des „Petit bleu“ zu verwirren. Aber die Berichte der gemischten Sachverständigen besaßen sich im Allenbündel der Affaire Drexfus, und sie werden auf Antrag Laboris den Richtern in der nächsten Sitzung vorgelesen werden. Das Kriegsgericht wird dann wissen, falls es nicht jetzt schon Kenntnis davon hat, daß die Sachverständigen unter der neu geschriebenen Adresse die alte Adresse Esterhazys haben entdecken können, die von dem wirklichen Absender des „Petit bleu“ geschrieben war. Die Richter vom Majorat hatten nicht schlecht operiert und hatten nicht tief genug rabiert.

Indem er schließlich von der Fälschung Henrys spricht, fragt Labori: „Warum hatte Henry die Fälschung verübt?“ — Gonse giebt die unauslöschliche Antwort: Um neue Beweise gegen Drexfus zu suchen!

Die Fälschungen werden von den Generalen als neue Beweise betrachtet.

Als General Gonse schließlich gefragt wird, ob die Fälschung für die hohen Generale oder für die öffentliche Meinung bestimmt war, muß er antworten: „Diese Fälschung war für uns.“

Also der Beweis für Drexfus Schuld, der Beweis, der immer fehlt, er fehlt selbst für die Generale zu dieser Zeit vollständig, und sie brauchen neue überzeugende Gründe.

Aber wozu diese Erläuterungen die Geständnisse dieses Generals abschwächen, den der wirklich große Labori vollständig ausgequetscht und dann abschekend auf seinen Platz unter seine Genossen, die militärischen Zeugen, getworren hat, die die wirklichen Angeklagten sind.

Noch eine andere Aussage ist sehr wichtig gewesen, die des Hauptmanns Desfonds-Lamotte.

Dieser geht entschlossen gegen den Generalstab vor und unterstreicht die Niedertracht, mit welcher man dem Bordereau verschiedene Daten erteilte, indem es vom August in den April und schließlich wieder vom April in den August datierte.

Im Jahre 1894 datierte man das Bordereau vom August in den April, damit Drexfus einen ministeriellen Brief vom 17. Mai 1894, in welchem den abkommandierten Offizieren mitgeteilt wurde, daß sie nicht ins Mandat gehen würden, nicht benutzen könnten. Seitdem wurde das Bordereau, und ich habe die Gründe dafür schon früher angegeben, wieder auf den August datiert.

Aber der Hauptmann Desfonds-Lamotte ist eine Kampfnatur, und er besieht darauf, den General Rogel auf den Zeugenstand zu fordern, und redet ihr folgendemahen an:

„Wohl, Herr General! Sie richten beständig Fragen an die Zeugen; wollen Sie mir nicht gestatten, auch eine an Sie zu richten? Sie sind vom Minister Cavagnac beauftragt worden, vor dem Kassationshof alle Schriftstücke, welche die Affaire Drexfus betreffen, vorzulegen und zu erläutern. Können Sie mir sagen, warum Sie nicht von dem ministeriellen Briefe vom 17. Mai 1894 gesprochen haben? Warum haben Sie diesen Brief den Richtern nicht gezeigt? Etwa deswegen, weil das Bordereau heute nach Ihrer eigenen Theorie vom August datiert ist, und dieser Brief nach der Unschuld Drexfus beweisen würde, da er nach einer Kenntnis dieses Briefes doch nicht die Wendung benutzen konnte: Ich reise zu den Mandatnehmern ab?“

Nach einander entriß Desfonds-Lamotte dem Hahn Dindon die Federn, und seine mala fides (Böswilligkeit) wurde vor den Richtern dargelegt. Ich denke übrigens, daß sie jetzt bereits eine allgemeine Idee vom Wesen des Generalstabes haben könnten.

Zu Rennes.

Der abentheuerliche Zeuge Cerumidhi.

Mit Bezug auf den Zeugen, der in der Montag-Sitzung des Kriegsgerichts in Rennes aufgetreten ist und behauptete, von einer sehr hohen Fürstengruppe abzukommen, wird der Reuen Freien Presse mitgeteilt: Das Fürstengeschlecht Lazarovic ist im Jahre 1440 in männlicher und weiblicher Linie ausgestorben, ein Fürstengeschlecht Rajulic oder Cerumidhi, wie sich der Zeuge auch nannte, giebt es nicht. Ebenso falsch ist seine Behauptung, daß er 1894 aus Oesterreich wegen politischer Schwereitigkeiten ausgewandert müßte, in die er infolge seiner Wismannung verwickelt wurde. Solche Affairen gab es 1894 weder in Oesterreich noch in Serbien, am allerwenigsten war ein Träger solcher Namen darin verwickelt. Der Zeuge kann nur ein verwegener Abenteuerer sein, der auf die Unkenntnis des französischen Publikums baut.

Die Dienstag-Sitzung wurde von 6 1/2 bis 7 1/4 Uhr geheim geführt. Diefelbe war vollständig mit der Verlesung des Geheimakten-Bündels über die Spionage ausgefüllt. Versuch wurde in der geheimen Sitzung nicht vorgenommen. Die öffentliche Sitzung wurde um 8 Uhr eröffnet; ein überaus zahlreiches Publikum wohnte derselben bei.

Die Verteidigung ruft das Ausland.

Labori bringt folgenden Antrag ein: „Da in der Sitzung vom 4. d. M. der Vorsitzende des Kriegsgerichts trotz seiner Diktatorischen Gewalt den früheren Offizier des österreichisch-ungarischen Heeres, Cerumidhi, als Zeugen geladen, der behauptete, daß Drexfus ihm von einem Abteilungschef im Ministerium einer mitteleuropäischen Macht als Berichterstatter im Dienst einer fremden Nation beigegeben worden sei, ist die Verteidigung genötigt, aus der Reserve, die sie sich bisher aufbewahrt hat, hervorzutreten und die Uebermittlung der im Bordereau angeführten Dokumente an das Kriegsgericht zu beantragen. Diese müssen in klarer Weise die Unschuld von Drexfus gegenüber den Anschuldigungen beweisen, welche nicht zutreffend sein können und die durch die offiziellen Dokumente sofort zerstört werden müssen. Zu diesem Zwecke möge Regierungskommissar Carrière beauftragt werden, die Regierung zu ersuchen, von der oder den interessierten Mächten auf diplomatischem Wege die Ueberlieferung der im Bordereau angeführten Dokumente zu erbitten.“

Labori erklärt, er beabsichtige nichts seinen Anträgen hinzuzufügen, da sie sich von selbst verstanden; aber er benachrichtige das Kriegsgericht, daß er Schwarzhoppen und Panizzardi habe vorladen lassen. Labori fügt hinzu, nur die ungewöhnlichen Umstände hätten ihn gezwungen, einen Appell an die Zeugenaussagen fremder Offiziere zu richten; dies sinne auch mit früheren Vorgängen überein und könne niemand beantragen.

Carrière erwidert: Er wisse nicht, ob er als Regierungskommissar die Befugnis habe, eine Aufgabe zu erfüllen, die sehr heikel sei und dahin gehe, daß die Regierung auf offiziellem Wege Schriftstücke verlangen solle, die von ganz besonderem diplomatischen und offiziellen Charakter seien. Man könne sich nicht vorstellen, daß eine Regierung ein derartiges Ersuchen an eine andere Regierung richte. Er glaube nicht, daß die Möglichkeit bestehe, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die Verteidigung würde mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Vorlegung der Dokumente herbeiführen können, hingegen glaube er, daß die Regierung keinen Schritt in dieser Richtung thun könne und er mache alle Vorbehalte in dieser Beziehung. Was die Vorladung Schwarzhoppens und Panizzardis betreffe, so stehe ihrer Vernehmung nichts entgegen.

Hierauf verlangt Vorkämpfer Paléologue das Wort; er erklärt, er verstehe, welche Wichtigkeit die Herbeiführung der verlangten Dokumente für die Verteidigung habe, indessen sei der juristisch und logisch wohlbegründete Antrag diplomatisch unannehmbar, und Ersuchen vornehmster Art ständen dem entgegen, daß die Regierung einen solchen Schritt thue.

Der Präsident teilte darauf mit, daß das Gericht seinen Beschluß später fassen werde.

Neue Esterhazy-Briefe.

Hierauf wird das Zeugenverhör wieder aufgenommen. Der Journalist Wilson vom „Matin“ berichtet über seine Unterredungen mit Esterhazy in London; Esterhazy habe ihm gestanden, das Bordereau auf Verlangen des Obersten Sandherr angefertigt zu haben.

Regierungskommissar Carrière erhebt gegen diese Behauptung namens des Anklägers Sandherr Widerspruch, Sandherr sei nicht der Mann gewesen, einen derartigen Befehl zu erteilen. (Bezeugung.)

Auf eine Frage Laboris erklärt General Rogel, er habe dieser Tage mehrere Briefe von Esterhazy erhalten; diese Briefe habe er dem Präsidenten des Kriegsgerichts zugesandt, um zu vereiteln, daß er, wie Esterhazy versuche, bloßgestellt werde. (Bezeugung.)

Labori verlangt die Verlesung der Briefe. Vorkämpfer: Nein! Das ist ohne jeden Zusammenhang mit dieser Strafsache.

Labori: Wie! Unsere ganze Verteidigung ist darauf gerichtet, zu beweisen, daß der Schuldige Esterhazy ist. Dieser eigentliche Schuldige entzieht sich jedem Verhör, und Sie wollen keinen Zusammenhang zwischen seinem Fall und dem Fall Drexfus erkennen? Da wir unmittelbar in keiner Weise an Esterhazy heranwollen, so ist jedes Wort von ihm wichtig, wo und wie wir es auch erlangen können. Ich fordere, daß alle seine Briefe vorgelesen werden. Wenn Sie es verweigern, so werde ich die erforderlichen Anträge stellen.

Vorkämpfer: Die Briefe haben gar keine Bedeutung.

Labori: Die Verteidigung muß in die Lage versetzt werden, auch ihrerseits die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit der Briefe zu beurteilen.

Auf eine weitere Frage Laboris erklärt General Rogel, nach seiner Ansicht sei den Geständnissen Esterhazys kein Wert beizumessen; er möchte glauben, daß Esterhazy ein Strohmann ist. Er gründet seine Ansicht auf die Rolle, welche Esterhazy im allgemeinen in der Angelegenheit spielte. Er wisse nicht, weshalb Esterhazy nicht beim Prozeß Jola Geständnisse abgelegt habe.

Labori giebt seinem Ersuchen darüber Ausdruck, daß man erst so spät behauptet, Esterhazy sei ein Strohmann, obwohl doch alle ihm zum Vorwurf gemachten Thatfachen seit langer Zeit bekannt gewesen seien. Auf weiteres Ersuchen Laboris wird der Bericht des Untersuchungsgerichts verlesen, welcher die Entlassung Esterhazys verurteilt.

Nochmals: „Ich werde abreisen“.

General Rogel erwidert hierauf auf die Erklärungen Desfonds-Lamottes bezüglich des Capes im Bordereau: „Ich werde zu den Mandatnehmern abreisen“, und wiederholt seine früheren Auslassungen bezüglich der Offiziere, die im Jahre 1894 zeitweilig zum Generalstab kommandirt waren.

Drexfus erwidert auf die Bemerkungen Rogels, über die zum Generalstab kommandierten Offiziere, das Kriegsgericht könne ja aus dem vorliegenden Aktenmaterial vom 17. Mai 1894 erfahren, wie klar die Bestimmungen in dieser Beziehung gewesen seien. Drexfus erinnert ferner daran, daß die betreffenden Generalstabs-offiziere im August auf Befehl desjenigen Regiments näher bezeichnet, bei welchem sie zeitweilig eingestellt zu werden wünschten, und daß alle jene Offiziere im Juni an einer Generalstabsreise teilnahmen. Er betont schließlich nochmals, daß er niemals zu den Mandatnehmern zu gehen verlangt. Der betreffende Sach im Bordereau, fügt er hinzu, lautet positiv: „Ich werde abreisen.“ Nun bin ich nicht nur nicht zu den Mandatnehmern abgegangen, sondern habe auch niemals dorthin abgehen sollen! (Anhaltende Bezeugung.)

Der Redacteur des „Temps“, Desse, der hierauf als Zeuge benommen wird, sagt aus, Esterhazy habe ihm in London erklärt, daß er der Urheber des Bordereaus sei. Er habe auch den Grund gehabt, daß Esterhazy zugab, der Urheber des bekannten „Mandatsbriefes“ zu sein.

Trarieu.

Trarieu ist von den bisher Geladenen der letzte Zeuge der Verteidigung. Trarieu spricht auf und abgehend, mit großer Würde und die Stimme laut erhebend:

Ich muß zuerst mein Verhalten in der Affaire darlegen. Als das Kriegsgericht die Beurteilung ausgesprochen, habe ich wie alle Welt an die Schuld Drexfus geglaubt. Indessen die Volonten, die sich erhoben und zwar speziell gegen Drexfus als Juden, beunruhigten mich. Ich fragte mich, ob die Richter selbst nicht die nötige Ruhe und Klarheit verloren haben könnten. Deshalb habe ich mich, als ich 1896 Justizminister war, an meinen Kollegen Danotaux gewendet und ihn um Auskunft gebeten. Danotaux habe, um ihn zu beruhigen, von dem Schriftstück „co canaille de D.“ gesprochen. Als er später erfuhr, daß dies Schriftstück den Richtern ohne Vorwissen des Angeklagten mitgeteilt worden sei, habe er gesehen, daß eine Ungeheuerlichkeit vorgekommen sei. Er habe sich dann an Leyssonniers gewandt, welcher seine Ueberzeugung hinsichtlich der Sandtrage nicht teilen konnte. Später habe ich das Vorgehen Scherer-Restiers in der Ueberzeugung bekräftigt, daß man sich hinsichtlich Drexfus getäuscht habe. Trarieu bekräftigt nicht, daß Picquart seine Vorgelegten nicht habe von der Wichtigkeit seiner Ansicht überzeugen können. Nach langen Auseinandersetzungen über die Verhaftung Picquarts und die Mandatnehmer Henrys und seiner Umgebung erklärte Trarieu, die Art der Ueberzeugung Esterhazys prädisponierte ihn zum Verbrechen. Trarieu glaubt nicht, daß im Jahre 1896 ein einziger Beweis gegen Drexfus vorlag, dann hätte Gonse von demselben Picquart Mitteilung gemacht, damit dieser mit seinen Nachforschungen aufhöre.

Trarieu fährt fort: Nachdem sich die Ueberzeugung von der Unschuld Drexfus in mir gebildet hatte, glaubte ich zu dem Vorkämpfer einer fremden Macht (Italiens) gehen zu können und ihn um nähere Auskunft zu bitten. Ich hatte mehrere Gespräche mit ihm. Ich war betroffen von dem Ton, mit dem er mir sagte: „Nein, es ist Ihre Regierung, die einen Reklam bezugnen hat. Drexfus ist nicht schuldig. Nicht nur hat keiner unserer Attachés jemals Verbindung mit Drexfus gehabt, sondern auch keiner unserer Offiziere kamit auch nur seinen Namen.“ Ich fragte: „Sind Sie sicher?“ Der Vorkämpfer antwortete: „Es ist meine absolute Ueberzeugung.“ Er erzählte mir ferner, daß er 1898 in den Händen Panizzardis einen Brief gesehen habe, worin der Agent A (Schwarzhoppen) genau die Vorgänge mitteilte. Der wahre Verräter war Esterhazy.

Trarieu wiederholt dann seine Aussage vor dem Kassationshof. Zu dem Vorwurfe, daß er Zeugnisse aus dem Auslande beibringe, bemerkt Trarieu, das Gesetz schreibe ein solches Zeugnis nicht an; übrigens beständen dafür Präzedenzfälle, da ja das Kriegsgericht Gemüthlich benommen und Gassillet vor dem Kassationshof das Zeugnis Labots vorgebracht habe. Zeuge erinnert sodann daran, daß er Cavagnac auf die Fälschung Henrys hingewiesen habe, und spricht seine Bewunderung aus, daß Mercier die offizielle Ueberzeugung der Depesche vom 2. November dem Dossier nicht beigelegt hat. Hierauf wendet sich Trarieu gegen die Ausführungen Guignets und Rogels hinsichtlich dieser Depesche.

Carrière kommt auf den Teil der Aussage Trarieu's zurück, der sich auf die Zeugnisse aus dem Auslande bezieht, und erklärt, daß, wenn man auf Umwegen es erreichen könnte, daß die von Trarieu erwähnten Dokumente hier vorgelegt werden, er sich sehr freuen würde.

Auf eine Anfrage Laboris erklärt Trarieu, daß von aus-ländischem Gelde bei der Drexfus-Kampagne durchaus keine Rede sein könne. Die gegenteiligen Behauptungen

feien Verleumdungen, welchen General Mercier mit Unrecht Glauben geschenkt habe.

Das Kriegsgericht verurteilt nunmehr einstimmig die Anträge Laboris und erklärt, daß es sich nicht für befugt halte, durch einen Richterspruch diplomatische Schritte der Regierung zu veranlassen. Weiter beschließt das Kriegsgericht einstimmig, morgen den Zeugen Cernuschi unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vernehmen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Labung der ausländischen Militärattachés.

„Agence Havas“ meldet: An v. Schwarztappen und Panizzardi werden Vorladungen ergehen, vor dem Kriegsgericht in Rennes zu erscheinen. Die Vorladungen werden zunächst dem Kriegsminister zugestellt, dieser giebt sie an den Justizminister und letzterer an den Minister des Auswärtigen, Delcassé, weiter. Delcassé teilt die Vorladungen den französischen Völkern in Berlin und Rom mit; diese veranlassen dann das Jübrige. v. Schwarztappen und Panizzardi können entweder persönlich vor dem Kriegsgericht erscheinen oder ihre Aussagen vor einem Justizbeamten ihres Landes abgeben. Dieser läßt die Aussagen sodann auf diplomatischem Wege an das Kriegsgericht gelangen. Durch das Verhör dieser beiden Zeugen — gleichviel wie daselbe erfolgt — wird die Dauer des Prozesses in Rennes sich um mindestens eine Woche verlängern.

Paris, 4. September. Anlässlich der herannahenden Beendigung des Prozesses Drechfus ordnete der Kriegsminister Galliffet an, daß alle militärischen Zeugen unmittelbar nach Beendigung der Verhandlungen Rennes zu verlassen haben.

Wien, 5. September. In amtlichen und militärischen Kreisen wird versichert, gegen den Zeugen im Prozeß zu Rennes, Cernuschi, solle ein militärisches Verfahren wegen Desertion eingeleitet werden, weil er, obgleich er noch dem österreichischen Heeresverbände angehört, Oesterreich ohne Erlaubnis verlassen hat. Seine Kameraden bezeichnen ihn als geistig nicht normal; auch glaubt man, daß er erblich belastet ist, zumal seine Mutter im Irrenhause gestorben ist. Er wurde wegen Unzurechnungsfähigkeit dauernd beurteilt und unter Kuratel gestellt; Oesterreich soll er nicht aus politischen Gründen, sondern wegen Schulden verlassen haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In Sachen des Steinarbeiter-Streiks brachten verschiedene Blätter die Meldung, daß es vor dem Einigungsamte zu einem Vergleich nicht gekommen wäre. Man vergaß dabei jedoch zu registrieren, daß, nachdem die Parteien sich nicht vergleichen haben, ein Schiedsgericht gebildet worden ist, welches im wesentlichen die Vergleichsvorschläge zur Grundlage hat. Da die Unternehmer bereits den Vergleichsvorschlägen ihre Zustimmung gegeben, dürfte zu erwarten sein, daß sie auch den Schiedsgericht annehmen werden. Die Frist, welche vom Einigungsamte zur Erklärung der Parteien gestellt ist, läuft am 15. September ab.

Ueber den Verlauf der Lohnbewegung der Isolierer und Rohrbauheller wurde in einer öffentlichen Versammlung verhandelt, die gestern (Dienstag) nachmittags in Anwesenheit der meisten Unternehmer stattfand. Die Mitglieder der Lohnkommission berichteten zunächst, daß bis auf wenige „Arbeitswilige“ am Montag früh die allgemeine Arbeitseinstellung erfolgt ist. Die gemeinsamen Verhandlungen der Lohnkommission mit den Unternehmer-Vertretern seien gänzlich gescheitert. Auch in der Versammlung erklärten sämtliche Unternehmer, daß sie nicht bereit seien, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Da aber die Arbeiter mit allen gegen eine Stimme beschloßen, weder von den aufgestellten Forderungen nachzulassen, noch unter diesen Bedingungen die Verhandlungen mit den Unternehmern fortzusetzen, verließen die letzteren das Lokal. Es wurde nunmehr allen auswärtigen Arbeitern zur Pflicht gemacht, Mittwoch früh, den 6. September, von den Unternehmern ihre Lohnbücher einzufordern, keine Arbeit unter den bisherigen Bedingungen anzunehmen und sich jeden Morgen im Bureau Dragonerstr. 15 zur Kontrolle zu melden. Wer sich dieser Kontrolle entzieht, erhält keine Unterstützung. Die Unterstützungsfrage selbst soll in einer im Verlaufe der Woche auch stattfindenden Versammlung geregelt werden.

Wagung, Bauarbeiter! Gemäß dem letzten Versammlungsbeschlusse sehen wir uns veranlagt, über den Bau der Firma Geld u. Franke in der Hardenbergstraße die Sperre zu verhängen. Die genannte Firma hat dem Kolonnenführer König die Hilfsarbeiten (Kalk- und Steintragen) im ganzen übertragen. Dieser will nun Löhne zahlen, die entschieden zu niedrig sind. Der Vorkler will 35 Pf. Stundenlohn geben, währenddem wir 40—45 Pf. fordern, was die Firma auch auf mehreren anderen Bauten zahlt. Wird der Zugang ferngehalten, dann werden wir unsere Forderung auch durchsetzen.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter Berlins.

Deutsches Reich.

Der Streik der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Schwiebus dauert ununterbrochen fort. Zugang ist ferngehalten. Nähere Auskunft erteilt B. Becker, Schwiebus, Frankfurterstraße 27.

Die Gewerkschaftsorganisation als Verhüterin von Streiks. In der Belegschaft der Grube Alt-Fischerben im Mansfelder Braunkohlenrevier trieberte es schon längere Zeit; die Belegschaft forderte bessere Löhne und Ausgleichung der Lohnunterschiede. Am Mittwoch, den 30. August, brach es los. Die Arbeiter, zu zwei Dritteln organisiert, wollten bindende Erklärungen haben und führten nicht an. Donnerstag nahm eine Deputation Rücksprache mit dem Grubendirektor; dieser versprach im Beisein des Obersteigers und des Inspektors eine Ausgleichung der großen Lohnunterschiede und es sollten auch einige Pfennige Lohn zugelegt werden. Darauf veranlaßte die Führer der organisierten Arbeiter die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Widerstand fanden sie hierbei vornehmlich bei den Nichtorganisierten, die nun mit aller Macht mit dem Kopf durch die Wand rennen wollten. Dem eindringlichen Zureden der Organisierten gaben sie nach.

Für die organisierten Arbeiter dürfte dieser Vorgang durchaus nichts besonders Neues enthalten, denn ähnliches läßt sich bei manchem Streik beobachten, im Zeichen der Juchhausvorlage aber, die den Gewerkschafts-Organisationen am liebsten den Garauß machen möchte, ist es nicht überflüssig, derartige Vorgänge weiteren Kreisen zur Kenntnis zu geben.

Aus Krefeld wird uns vom 5. September depechiert: Heute früh reichte die gesamte Arbeiterschaft der hiesigen Kitten-Seidenfärberei, circa 600 Mann, die Kündigung ein. Da die Kündigungsfrist nur einen Tag beträgt, dürfte morgen der Streik bereits perfekt sein. Die Ursache der Differenzen ist die Maßregelung von 14 Arbeitern.

Die Nürnbergertischler sind schon vor einiger Zeit in eine Bewegung zur Erringung des Reu u n s t u n d e n t a g e s eingetreten. Das Resultat ist ein günstiges: Bis jetzt haben bereits 17 Unternehmer, darunter die größten Firmen bewilligt. Es soll dahin gestrebt werden, folgende Einteilung der Arbeitszeit gleichmäßig durchzuführen: Die Arbeitszeit währt von morgens 7 Uhr bis abends 5 1/2 Uhr mit einer Mittagspause von 12—1 1/2 Uhr — oder Montags von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr mit 1 1/2 Stunden Mittagspause, Sonnabends bis 4 Uhr, die anderen Tage von 7—6 Uhr mit einer Mittagspause von ebenfalls 1 1/2 Stunden. Die Frühstückspausen und Vesperpausen sollen ganz abgeschafft werden.

Gewerkschaftsbewegung in Esch-Lohringen. Zu dem kürzlich an dieser Stelle erwähnten freisprechenden Erkenntnis der Strafkammer des Landgerichtes Metz in der Anklagesache gegen den Streikhafter Peter Ray daselbst wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz („Ausgehörigkeit zu einem nicht genehmigten Verein“) liegt jetzt die ausführliche Urteilsbegründung vor.

Dieselbe dürfte sich als eine gerichtliche Entscheidung von allergrößter Tragweite für die künftige Entwicklung des Gewerkschaftslebens im Reichslande erweisen, nachdem daselbst bisher unter dem Geleite polizeilicher Maßregeln aufs schlimmste darniederzuliegen hatte. Ray hatte im Herbst vorigen Jahres mittels reger Agitation unter den Maurern und verwandten Berufsgenossen von Metz und Umgebung die Errichtung einer Zählstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands durchgeführt und seine Berufsgenossen in der Folge zu periodischen Versammlungen zusammenberufen, in denen u. a. auch regelmäßige Beiträge zur Verbandskasse geleistet wurden. Die beim Bezirkspräsidenten für Vorhingen nachgesuchte vereinspolizeiliche Genehmigung der Verbandstabelle wurde jedoch durch Verfügung vom 29. Februar d. J. verweigert. Die genannte Vereinigung stellte jedoch trotz dieses Entschlusses ihre Thätigkeit nicht ein, erhob vielmehr nach wie vor Beiträge, hielt Versammlungen ab, in denen einer u. a. der Angeklagte auch als Delegierter zu dem Ende März d. J. in Berlin abgehaltenen Verbandstage der Maurer und verwandten Berufsgenossen erwählt wurde. Hierin erblickte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen den Artikel 291 des Code pénal und die Artikel 1 und 2 des französischen Gesetzes vom 10. April 1834. Ray wurde als Vorsitzender der Vereinigung unter Anklage gestellt, erzielte jedoch, wie bereits erwähnt, seine kostenlose Freisprechung unter der folgenden Begründung: Der den Arbeitern die sogenannte Koalitionsfreiheit gewährende § 152 der Gewerbe-Ordnung hat alle landesrechtlichen Verbote und Strafbestimmungen aufgehoben, soweit solche gegen Arbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet sind. Da der erwähnte Verein sich von politischen Bestrebungen fernhielt und nach den Ergebnissen der Beweiserhebung die Grenzen des § 152 der Gewerbe-Ordnung nicht überschritten hat, so war er gesetzlich erlaubt, ohne daß die Verwaltungsbehörde um Erteilung der Genehmigung anrufen zu werden brauchte. Die Auffassung der Anklage, daß der § 152 der Gewerbe-Ordnung nur vorübergehende Vereinigungen, keine dauernden Vereine, im Auge habe, findet weder in der wörtlichen Fassung des Gesetzes, noch in dem sprachlichen und logischen Zusammenhang dieser Bestimmung eine Stütze. Der Begriff „Vereinigung“ erscheint vielmehr als der allgemeine Ausdruck, unter dem die Begriffe von Verein, Gesellschaft, Verband u. s. w. zusammengefaßt sind, keineswegs aber kann aus dieser Ausdrucksweise geschlossen werden, daß darunter nur ein vorübergehendes Sitzzusammenschließen von Personen gemeint sei. Die Bestimmungen des französischen Vereinsgesetzes konnten somit auf den Angeklagten keine Anwendung finden.

Diese gerichtliche Entscheidung bedeutet eine radikale Durchbrechung der bisher von den reichsständischen Verwaltungs- und Polizeibehörden gegenüber den gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen praktizierten Einhaltungen. Man verlangte bisher nicht bloß den Nachweis der vereinspolizeilichen Genehmigung solcher Vereine, sondern versagte die letztere auch in den meisten Fällen, wo darum nachgesucht wurde. Erst aus allerjüngster Zeit liegen eine ganze Reihe derartiger Genehmigungsverweigerungen vor. Da gegen mehrere derselben das Beschwerdeverfahren bei den höheren Verwaltungsbehörden schwebt, so darf man gespannt darauf sein, ob man an dieser Stelle die Rechtsauffassung des Meyer Gerichts zu der seinigen machen und der Arbeiterchaft die unter dem Puttlamerchen Diktaturregiment doppelte wertvolle gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit einräumen, oder aber ob es nötig wird, durch eine zweite gerichtliche Entscheidung der Arbeiterbevölkerung der Reichslande ihre iparischen Rechte zu sichern und die Polizeibehörden ein für allemal in die Schranken der ihnen vom Gesetz eingeräumten Befugnisse zurückzuweisen.

Ausland.

Zum Ende der dänischen Aussperrung. Aus Kopenhagen wird berichtet: Nachdem der Fachverein der Bauarbeiter, der außerhalb der Verbände der Fachvereine steht, sich dem Verleide zur Beendigung der Arbeitersperre angeschlossen hat, haben die Leiter des Vereins der Arbeitgeber sowie diejenigen der Fachverbände heute nachmittags 3 Uhr das definitive Uebereinkommen über die Aufhebung der Sperre unterzeichnet. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden, spätestens jedoch am Sonnabend.

Sociales.

Aufzug

an alle in der Dürsten- und Pinsel-Industrie, in Gerbereien, Korbhaarspinnereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Veranlaßt durch fortgesetzte Mißbräutigungen wurden vom Bundesrat Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der in obengenannten Industrien beschäftigten Arbeiter erlassen, welche am 1. Juli dieses Jahres in Kraft traten. Gewähren diese Verordnungen auch nicht vollständigen Schutz gegen die Gefahren der Mißbrand-Infektion, so werden dieselben doch zweifellos die Gefahr wesentlich abschwächen. Um nun in absehbarer Zeit ein Gutachten über die Wirkung dieser Vorschriften abgeben zu können, ist es notwendig, daß dieselben sowohl von Unternehmern wie Arbeitern genau beachtet und eingehalten werden.

Aus diesem Grunde richten wir an alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Bitte: uns über die Handhabung und Wirkung der erlassenen Vorschriften, event. über Entkränkungen und Todesfälle jedergest umgehend zu benachrichtigen, damit wir, bezugnehmend auf das gesammelte Material, den Bundesrat veranlassen können, die bestehenden Verordnungen zweckentsprechend zu ergänzen.

Die Mißbrand-Kommission.

J. A. A. Dorn.

NB. Alle Zuschriften wolle man direkt an Konrad Dorn, Rüttenberg, Wendlerstr. 3, richten. Allenfallsig entstehende Kosten sind wir gern bereit, zu erlegen.

Die sächsische Tafelglas-Industrie sieht gegenüber der preussischen ihre Interessen gefährdet durch den Fortbildungszwang, die Vorschriften über die Sonntagruhe und das sächsische Gesetz über die obligatorischen Feiertage. Das erklärt ungeniert der Bericht der Dresdener Handels- und Gewerbedelmann. Es beweist, wie jämmerlich der Arbeiterschutz in Preußen beschaffen ist, wenn sich sächsische Unternehmer unter Verufung auf Preußen über Beschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit beklagen können.

Von dem schändlichen Mädchenhandel, der sich in der Stellenermittlung für Kellnerinnen für Anniernkleiden entwickelt hat, giebt ein hiesiges bürgerliches Blatt einen Bericht, der einen tiefen Einblick in die Geheimnisse dieses schändlichen Gewerbes thun läßt. Es heißt in dem Bericht:

Der Inhaber einer Kellnerinnen-Agentur in Ostdeutschland, den wir dieser Tage durch eine Vertrauensperson anfragen ließen, gab derselben auf Grund von Postamtsverweigerungs-Abschnitten, Telegrammen und einzelnen Briefen folgendes Bild von der Geschäftstätigkeit solcher Agenturen. Der Agent sagte: „Ich verschaffe Kellnerinnen Stellen am Plage, in Berlin, Breslau, in den Ost- und Nordseebädern usw. Das Geschäft ist durchweg ein recht gutes. Am Plage bekommt ich für eine Kellnerin allerdings nur 5—10 Mark Provision, von der Berliner Restaurants schon 30—50 Mark, von Restaurants im Westen, in den Bädern usw. 60—75 Mark.“

Zum Beweise legte der Agent die Postkupon vor, die er in einer Woche im August erhalten hatte. Es waren 88 Stück, er hatte also allein in einer Woche nach Augsburg 88 Abhändler gemacht. „Das Geschäft ist übrigens sehr einfach“, fuhr der Agent fort, „eine zeitraubende Korrespondenz wird nie geführt, die Abhändler erledigen sich meist auf dem Drahtwege. Da heißt es einfach: „Gewünscht 1, 2 oder 3 Kisten“. Oder es wird depechiert: „Mittellort, stark, schwache oder viele Kisten senden.“ ferner: „feine, elegante Kiste nötig.“ Kisten sind nämlich in unserer Geschäftsprache Kellnerinnen. Eine feine, elegante Kiste ist eine gute Kellnerin mit eleganter Toilette. Für den Osten werden auch noch Doppellisten verlangt und niemand außer den Beteiligten ahnt, daß diese Doppelliste eine

Kellnerin ist, die deutsch und polnisch spricht. Ebenso giebt es „faule Kisten“, das sind Kellnerinnen, welche nicht oder schlecht zu „animieren“ verstehen.

Bei weiterer Befragung des Agenten ergab sich, daß die Reisekosten für eine Kellnerin stets der betreffende Restaurateur trägt, der das Mädchen engagiert. Das ist aber auch fast alles, was der betreffende Restaurateur für das Mädchen thut. Denn Gehalt zahlt er nicht. Die Kellnerin muß eben die Gäste „animieren“, zu deutsch gefast rupfen und nur dafür erhält sie vom Wirt eine Verlohnung. Diese Träumen oder „Provisionen“ zusammen mit den Zeitgeldein sind ihre Einnahmen. Katholisch bringen es viele derartige Kellnerinnen zu einer Virtuosität im „Animieren“, und jeder Wirt einer Anniernkleide bemüht sich, eine solche Virtuositin zu erhalten. Dann depechiert er: „Brauche Goldkiste!“

Diese „Goldkisten“ werden so lange als möglich im Lokale gehalten, und ist der Wirt noch ledig, so heiratet er oft ersichtlchzeitig diese Goldkiste. Sonst bleiben gute Goldkisten oft bis zu einem Jahre und länger in einem Lokale, während die anderen Kellnerinnen fortwährend wechseln, und aus dem Grunde ununterbrochen wechseln müssen, da die Gäste stets neue Gesichter sehen wollen. Man liest auch beständig in den Annoncen solcher Anniern: „Vollständig neue Bedienung“. Dieser unaufhörliche Wechsel der Kellnerinnen ist die Hauptursache der glänzenden Einnahmen der Agenten. Viele Kellnerinnen wechseln jeden Monat ihre Stellen, und jedesmal bezieht der Agent seine Vermittlerprovision.“

Wenn es möglich wäre, mit polizeilichen Mitteln etwas gegen diesen schändlichen Menschenhandel zu thun, hier würde sie jedemann gut heißen.

Ueber die Stellung zum Parteitag

haben gestern abend die Berliner Parteigenossen in sechs öffentlichen Versammlungen verhandelt. Wir beschränken uns für heute darauf, unseren Lesern die Resultate derselben, soweit sie uns bis Schluß der Redaktion vorliegen, mitzuteilen. Wir werden morgen einen der Bedeutung der Sache entsprechenden längeren Bericht nachtragen.

Die Parteigenossen des ersten Kreises, die bei Herzberg, Alle Jakobstraße tagten, wählten Ch. Vohn, Doppel und Petermann als Delegierte zur Brandenburger Provinzialkonferenz und August Tatera u und Frau Wengels als Delegierte zum Parteitag in Hannover.

Der Antrag, nach welchem die Rechte der Prehkommission erweitert werden sollen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Außerdem wurde ein Antrag beschlossen, der die Herausgabe eines Abendblattes vom „Vorwärts“ befürwortet. Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, der wünscht, daß nach Schluß der Session von den Vertrauensmännern ein Flugblatt über die Thätigkeit der einzelnen Parteien im Reichstage zur Verbreitung gebracht wird.

Die nach dem Friedrichstädter Casino eintreffende Versammlung für den zweiten Wahlkreis war von etwa 500 Personen besucht. Zunächst wurden die Genossen Coblenzer, Brunzel und Glashagen als Delegierte für den Brandenburger Provinzial-Parteitag gewählt. Dann wurde nach einem einleitenden Vortrag Hühners und längerer Diskussion über die Versteinerung des Reichstages ein Antrag Stadthagen einstimmig angenommen, daß die Delegierten den Standpunkt vertreten sollen: Es besteht kein Anlaß, unsere Grundansichten und unsere Taktik zu ändern. Nachdem noch verschiedene Anträge zum Parteitag gestellt und diskutiert worden waren, wurden die Genossen Gwald, Koblenzer und Gustav Schmid zu Delegierten für den Parteitag in Hannover gewählt. Zu Revisoren des Vertrauensmännern wurden die Genossen Weizer, Scholz, Schmidt und Schrader gewählt.

Die Versammlung des dritten Wahlkreises in den Armnhallen war gut besucht. Ueber die Brandenburger Provinzialkonferenz spricht Dimmid. Der Antrag der Frauen auf alljährliche Abhaltung von Frauenversammlungen in allen Wahlkreisen wird abgelehnt. Zu Delegierten der Brandenburger Konferenz werden gewählt Hermann Lehmann, A. Harndt und Brückner. Die Stellung der Partei zu den italienischen Fragen ruft eine große Diskussion zwischen Dr. Rosa Luxemburg und Rechtsanwalt Heine hervor. Als Delegierte für den Parteitag werden die Genossen W. Ginz und G. Wagner gewählt.

Die Versammlung des vierten Wahlkreises nahm einige schon aus früheren Versammlungen bekannte Anträge zur Provinzialkonferenz an und wählte als Delegierte Otilie Baader, Wör und Quiting. — Zum Parteitag wurde ein Antrag angenommen, welcher in § 17a des Organisationsstatuts die Festlegung der Gleichberechtigung der Prehkommission mit dem Parteivorstand in allen den „Vorwärts“ betreffenden Angelegenheiten verlangt. Als Delegierte für den Parteitag wurden Adolf Hoffmann, Wenzel und Weife gewählt.

Im fünften Wahlkreise wurden nach dem Bericht der Agitationskommission die Genossen Piepmann, Fr. Haase und Roth zu Delegierten für die Brandenburger Konferenz gewählt. Bei Besprechung der Tagesordnung des Parteitages wurde ein Antrag angenommen, vom „Vorwärts“ eine Abendausgabe herauszugeben; ferner wurde beauftragt, im Organisationsstatut die Bestimmung, die den Frauen gestattet, in besonderen Versammlungen zu wählen, zu streichen; ein dritter Antrag dehnt die Befugnisse der Prehkommission aus. In der weiteren Debatte, an der sich Kolyte, Piepmann und Schmid beteiligten, wurde über parteitaktische Fragen gesprochen, schließlich aber die Debatte verlag und Genosse Kob. Schmidt zum Delegierten gewählt.

Im sechsten Wahlkreise wurden als Delegierte für den Parteitag in Hannover die Genossen Ernst, Leib und Nieß gewählt. Zur Provinzialkonferenz werden entsandt: Groll, Gahmann und Schröder. Angenommen wurde ein Antrag auf Streichung der Bestimmung im Organisationsstatut, wonach Frauen in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden können.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 5. September. (W. G.) Die „Frankf. Bg.“ meldet aus Konstantinopel: Der Besuch des Fürsten und der Fürstin von Montenegro verläuft programmäßig. Der russische Votschafter Sinowjew giebt in seiner Sommerresidenz zu Ehren des Fürstenpaares ein Galadiner, zu dem wegen des beschränkten Raumes nur die Votschafter geladen werden. Bei dem vorgelagerten Besuch des Fürstenpaares in der russischen Votschaft geben die russischen Stationäre einen Ehrensalut von 21 Schüssen ab, und sie landeten den größten Teil der Befragung, welcher sich vor der Votschaft als Ehrentrouppage forcirte. Der Sultan betrachtet dieses Vorgehen als einen Eingriff in seine Hoheitsrechte und dürfte dagegen die Worte protestieren lassen.

Konstantinopel, 5. Septbr. (W. G.) Der hier angenommene Pariser Votschafter Berger unterhandelte mit dem Finanzminister wegen der Konversion der Gall- und Timbedsch-Prioritäten-Anleihe. Die Konversion der Fischerei-Anleihe ist noch nicht in Aussicht genommen.

Durban (Natal), 5. Septemb. (Meldung des „Nent. Bureau.“) Hier sind 147 Personen eingetroffen, die Transvaal in Eile verlassen haben. Die Freiwilligen werden nächstlicher Weile einberufen. Nach Pietermaritzburg und Ladysmit sind eine Million Patronen gesandt worden. Oberst Knox ist zur Ueberrahme des Oberbefehls im Bezirk Kimberley eingetroffen. Aus Pretschamaland gehen viele holländische Farmer über die Grenze, wo sie „Langer“ bilden.

Bretoria, 5. August. (Meldung des „Nent. Bureau.“) Der Volksraad nahm heute vormittag den von Coetzer eingebrachten Antrag an, die Regierung zu befragen, warum britische Truppen an der Grenze zusammengezogen seien, und beantragte die Beratung der Interpellation durch einstimmigen Beschluß am Donnerstag an. Nach Lage der Dinge dürfte der Antrag noch weiter zurückgestellt werden.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Durch das einmütige Zusammenhalten der dänischen Arbeiter ist der Plan des vorigen Unternehmertums, der auf die Vernichtung der Organisationen der Arbeiter gerichtet war, zerschlagen worden. Die dänischen Arbeiter sind als Sieger aus der vier Monate langen Ausdauer hervorgegangen. In diesem Siege haben die deutschen Arbeiter nicht unbedeutend beigetragen, indem sie ihre kämpfenden Brüder nach Kräften unterstützten. Weit über 100 000 M. sandten sie denselben um ihnen ihr internationales Solidaritätsgesühl auch praktisch zu beweisen. Damit wäre dieser Kampf beendet, aber im Inlande tobten die Kämpfe weiter. Unter andern stehen in Berlin gegen 300 Steinarbeiter in der siebenten Woche im Auslande.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben diesen ihre moralische und materielle Unterstützung durch einstimmigen Beschluß in der Berliner Gewerkschafts-Kommission angefragt. Jetzt gilt es, dies zu betätigen; darum bitten wir, die Sammlungen nicht einzustellen, sondern die Streikenden im Inlande zu unterstützen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Für die ausgewählten Arbeiter Dänemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Wiegner, Thoenstraße, M. 2.—, Buchdruckeri Ferd. Köbelm 12,50. 4 Bildhauer u. 2 Tischler v. Prof. Riegelmann 7,50. Personal der Buchdruckeri von Jochims 2. Rate, 9,50. Uebersehung des Gruntesfestes „Lustige Döbe“, Thoenstraße, 15.—, Ges. von Skandinavien, darunter die Werkstätte Feing u. Zimmerlein, Kämpling, Gebr. Paul, C. Krause, Stahlmecht u. Co., A. Dunsdt, Kay, Krüger u. Holzmann, zusammen 107,96, davon 57 M. an die Bautischler Kopenhagens. Sonnabendlich bei Günther, Schönhauser Allee, 14.—, Tischler v. Köster u. Schmidt, Frankfurterstr. 5. M. 8,10. D. Koblenger 8,86. Möbelstück v. Barth, Friedrichstraße, 7. M., 16,65. Uebersehung zwei Aktien, v. Krums 2.—, Vefsenfabrik v. Stigban 7,55. Buchdruckeri „Dieses Blatt gehört der Handstr.“ 6,05. Nachschuß „Vorwärts“ 3.—, Bildhauer-Zusammenkunft Trebbin-Ludowalde 6. Krippage 10.—, Handels-Hilfsarbeiter (central), darunter Sandmann, 2. Rate v. Hoffmann 69,40. Wohnortsgesellen 8,60. Gruntesfest bei Dumas 1,30. Durch Skandinavien 42,50. Ein gesamtlicher Geburtstags 1,50. Gesellen durch Firma Hochstein 8,10. Bildhauer-Werkstatt Dinsie 2. Rate 4,25. Bautischler Weise, Heusselstraße, 9.—, Kommission der Tabakarbeiter Berlins 10.— (davon die Hälfte an die Streikarbeiter), Gesangverein „Vorwärts“, Weinstraße, 10.—, Möbelstück v. Hanke u. Reber, 4. Rate 12.—, G. Sch. 1.—, Silberwarenfabrik v. Körner u. Prohl, drei Röll 1,50. Buchdruckeri v. Reichel 5,76. Arb. d. Galanteriewarenfabr. v. Habilit 8,80. Tischlerei v. Weilandt, Fruchtstraße, 5. Rate, 12.—, Bon Tischlern und Tapezierern der Möbelwerkst. von J. G. Pfaff, Zeughofstraße, 55,55. Tischlerei v. Witte, Königsbergstraße, 7,70. Tischlerei v. Wenzler u. Rodmann, Köpenickerstraße, 2. Rate 4,05. Pianofabrik v. Janowski, Remerstraße, 9,20. Altbaufabr. v. Michaelis u. Reichelt 7,05. Klavierfabr. v. Merzberg 5,70. Tischlerei v. Ungar, Königsbergerstraße, 6. Rate 8,70. Buchdruckeri v. Garwitz Nachf. 8,15. Penny (35) 7,40. Seyer u. Drücker v. Weidert 5,90. Weidert u. Dehler 3.—, „Wilde Schwärzgerellen“, 3. Rate 2,50. D. Meyer 9,40. Fleinmauer der Gasanstalt 2. Charlottenburg, 2. Rate, 9.—, Veit- und Diskontoklub Leopold-Anhalt 10.—, Ver. Jandzjewitz, 7. Rate, 4,45. Bauarbeiter vom Bau Großmannstr. Charlottenburg, 2. Rate, 4.—, Zimmerer v. Dolschmiedstr. Krause, Platz Zimmermann u. Sohn 11,60. Tischlerei v. Richter, 5. Rate, 18,90. Tischlerei Stern, Seliger u. Co., 7. Rate, 6,35. Hülale 3 2.—, Schmil. Arb. v. Hülstedt, Kröll u. Co., Möbelstück 8. Rate 45,05. Buchdruckeri J. Sittensfeld 6,05. Sedanfeier Lipp 1,50. Klavierfabrik von Söhning 7,35. Raler auf Bau Christburgerstr. 5 4,70. Pianofabrik Berner 7,50. Für Bautischler Kopenhagens von Gesamtlicher Zusammenkunft von 16 Kollegen, welche früher bei Hülstedt freitren, 4,30. Organistense Dümmer, 6. Rate, 10.—, Tischlerei von Böttcher, Waldbergstraße, 5,55. Pianofabrik von Gde. Rastvostrah, 16,05. Glaserarbeiter Etalans 59.—, Maurer und Bauarbeiter, Dunderstraße 68, 23,75. Buchdruckeri-Hilfsarbeiter Berlins durch Jahn, 6. Rate 61,90. Werkabteilung I, 4,95. Tischlerei Rüdchel, Friedrichstraße, 4,50. Tischlerei Gabel, Fruchtstraße, 2,15. Scherzbegehr 1.—, Anopfabrik Ranape, Wallstraße, 8,35. Buchhausfondaten d. Charlottenburger Allee 4,00. Buchdruckeri von Bah u. Garles, 6. Rate, 26,20. Tapezierwerkstatt von Jahn (außer einem) 5,80. Centralverband der Maurer aus Panspartie Berlin II 18,85. Bauarbeiter Accumulatorenfabrik, Ober-Schöneweide, 3. Rate, 8.—, Malchinschen und Selzer durch Jahn 24,50. Bei einem Begräbnis d. Wendrodt d. 9. 9. 3.—, Arbeiter u. Stof 4.—, Arbeitergesangverein „Opium“, 3.—, Friedrichsberg 10.—, Gesangverein „Bruderverbund“, Hefenstraße, 3. Rate 8.—, Lediger und Vergolder von J. G. Pfaff 7,15. Pianofabrik von Rieber u. Co., 5. Rate 19,55. Tischlerei v. Ewwe, Martinienfelde, außer 3. 2. Rate 12,35. Habilit und Hilfsarbeiter Berlins (central) 15,55. M. u. G. Gurovstraße, 5.—, Maurer (central) durch H. Schulz 131,96. Ma u. M. Annenstraße, 6.—, Tapeziere von Hort, Kretschmar, Co., 5. Rate 15.—, Gesangverein „Keramik“, Charlottenburg, 10.—, Arbeiter-Turnverein „Freiheit“, Ronowes, 3,55. Bildhauer-Werkstatt Kauer 4,15. G. Bernhardt, Kretschmar, 2,50. G. Berner 2.—.

Weitere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 16, I, vormittags 10—11 Uhr, nachmittags 6—8 Uhr entgegen genommen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Lokales.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen

rlisten nun auch die bürgerlichen Parteien. Allem Anschein nach wird der Kampf um das rote Haus, der in den nächsten Wochen in Berlin entbrennen wird, diesmal heftiger als sonst werden. Von der Neuerteilung der Wahlbezirke, die in der 3. Abteilung für die äußeren Stadtteile eine nicht unvorteilhafte Veranschlagung gebracht hat, wird auf bürgerlicher Seite eine Stärkung der Socialdemokratie befürchtet. Diese Veranschlagung unserer Gegner kann sich bestätigen, falls ihnen nicht eines zu Hilfe kommt: Die Siegesgewißheit der Arbeiterbevölkerung. Wer sich bewußt ist, eine gerechte Sache zu vertreten, der neigt nur zu leicht dazu, sich dem Gefühl der Siegesgewißheit hinzugeben. Das ist erklärlich und vielleicht auch verzeihlich, aber im Wahlkampf ist es vom Uebel, und gerade bei den Berliner Stadtverordneten-Wahlen hat das mehr als einmal dazu geführt, daß der Erfolg nicht so glänzend ausfiel, wie er hätte sein können. Gerade der Arbeiterbevölkerung Berlins wird es sein, dafür zu sorgen, daß wirklich in Erfüllung geht, was unsere Gegner von den diesjährigen Wahlen befürchten. Eine Stärkung der socialdemokratischen Fraktion im roten Hause ist schon deshalb notwendig, weil die Vermehrung der Stadtverordneten-Mandate um 18 neue Sitze — 6 für jede der 3 Abteilungen —, die man mit der Neu-Einteilung der Wahlbezirke verbunden hat, den bürgerlichen Parteien durch die 1. und 2. Abteilung ohnedies ein Mehr von zweimal sechs Sitzen sichert.

Daß bei den Verhandlungen der städtischen Behörden sehr oft recht wichtige Interessen der Arbeiterklasse in Frage kommen, das hat namentlich in den letzten Jahren manche Stadtverordneten-Sitzung gezeigt. Die Arbeiterbevölkerung Berlins und ihre Interessen kommen schon durch die zahlreichen Arbeiter, die in den städtischen Betrieben beschäftigt sind, in direkte Berührung mit der städtischen Verwaltung. Die Grundstücke, die der Magistrat bei den vielfachen Konflikten zwischen der Gemeindeverwaltung und ihren Arbeitern verfolgt hat, die Verhandlung, die den um bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern der Stadt Berlin zu teil geworden ist, haben leider sehr selten die Billigung der freistimmigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung gefunden. Der Arbeiter hat aber auch rein als Bewohner und Bürger der Stadt Grund genug, sich einen möglichst weitgehenden Einfluß auf die städtische Verwaltung zu sichern und sich dem entsprechend an den Stadtverordneten-Wahlen zu beteiligen. Die Leistungen der Stadt auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens, der Kranken- und Armenpflege, der Hygiene usw. sollten vernünftigerweise

doch mindestens dem Bedürfnis angemessen sein, man läßt sie aber aus Rücksicht auf den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung weit dahinter zurückbleiben. Hier berühren sich auch mit den Interessen der eigentlichen Arbeiterbevölkerung die des kleinen Gewerbe- und Handelstreibenden und des niederen Beamten. Diese Schichten der weniger bemittelten Bevölkerung hätten daher allen Anlaß, bei den Stadtverordneten-Wahlen Schulter an Schulter mit der Arbeiterbevölkerung zu marschieren.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Einen tiefen Eindruck machte es auf uns, als wir am Sonntag nach der Beerdigung unseres Jacoben an der Laudenkolonie in der Gegend der Schönhauser Allee vorüberkamen. Jeder Laubenbesitzer sucht bekanntlich seinen Stolz darin, sein primitives Besitztum mit einer Fahne zu schmücken. Am Sonntag nun war ein großer Teil der Fahnen auf Halbmaß gehißt und ferner war an ihnen nicht selten Trauerflor angebracht. Diese stille und sinnige Ehrung des Andenkens an unseren toten Kämpfer ist, weil sie rein aus eigenem Antriebe kommt, um so erhabender und giebt der Pietät der arbeitenden Bevölkerung ein ehrendes Zeugnis. Sie steht fittlich hoch erhaben über die Art, in der die Hoflieferanten und ähnliche Herrschaften an „nationalen“ Gedenktagen marktschreierisch ihren Patriotismus an den Mann bringen.

Größere Baumabholungen wegen der elektrischen Hochbahn finden gegenwärtig wieder einmal am Halleschen Ufer zwischen der Großbeeren- und Wödenbrücke statt. Die schönen hohen, ganz besonders prächtig entwickelten Nistern, die hier an der Innenseite des Promenadenweges nach dem Kanal zu stehen, werden sämtlich niedergebrosen, da der immer mehr nach Westen vorschreitende Viaduktbau durch die sich weit hin erstreckenden Äste und Zweige gehindert wird. Nur die am Strahndamm stehenden Bäume bleiben erhalten; diese sind aber viel geringer entwickelt, als die jetzt der Art zum Opfer fallenden Bäume.

Die Streiffrage, wann das neue Jahrhundert beginnt, ist nach dem August-Scherl-Anzeiger endgültig und zwar überaus einfach entschieden worden. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Auf selten derer, die das Jahr 1900 als den Anfang des neuen Jahrhunderts bezeichnen, hat sich auch der Kaiser durch seinen Trinkspruch, welchen er bei der Parade auf das Gardelcorps ausbrachte, gestellt. Er wies darauf hin, daß an jenem Tage die Fahnen der Garde — zum letztmalig in diesem Jahrhundert — gemeinschaftlich auf dem Tempelhofer Felde gehißt hätten; hierauf gab er dem Wunsche Ausdruck, daß die Truppen sich auch im neuen Jahrhundert, wie sie es im alten gethan, auszeichnen mögen. Offentlich wird durch diesen kaiserlichen Ausspruch der Streit, wann das neue Jahrhundert eigentlich beginnt, geschlichtet werden.“

Offentlich macht es der Staatsanwalt gnädig und verweist diejenigen mit Konfiskationen und Strafprozessen, die trotz der Wirtelung des „Lokal-Anzeigers“ das neue Jahrhundert erst mit dem Jahre 1901 beginnen lassen.

Die Kinder-Sterblichkeit ist in Berlin in der dritten Augustwoche am stärksten gewesen. Während die Zahl der Kinder-Todesfälle in den ersten Wochen des Jahres selten über 200 hinausgegangen war, betrug sie in der dritten Augustwoche, nachdem sie von Anfang Juli konstant gestiegen war, 404. In der vierten Augustwoche ist ein Rückgang eingetreten. In ihr sind 410 Kinder unter einem Jahre gestorben.

Die Berliner Unfallsationen sind im Monat August d. J. in 8852 Fällen gegen 3290 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden, und zwar 3289 mal bei Unfällen und 563 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 3589, außerhalb derselben 263 Personen behandelt. Mit den Krankenwagen der Unfallsationen wurden im verfloffenen Monat 113 Transporte ausgeführt. Die Zahl der polizeilicherseits den Stationen übergebenen, teils bewußtlosen Personen betrug 176, die unentgeltliche Inanspruchnahme von Eis in Krankheitsfällen geschah in 298 Fällen.

Durch die Hilfe zweier Offiziere gelang es, einen Unhold festzunehmen, der auf dem Tempelhofer Felde an der einjamen Pappel ein unsittliches Attentat auf ein 14-jähriges Lehrlingmädchen unternahm. Um sein Opfer am Schreien zu verhindern, hatte der Purche demselben den Mund verstopft und wäre sicher auch zu seinem Ziel gekommen, wenn nicht zwei Offiziere auf den Vorgang aufmerksam geworden wären und den bei ihrer Annäherung entsetzten Patron unter Beihilfe eines dritten Herrn verfolgt und so lange in Schach gehalten hätten, bis seine Festnahme durch einen Gendarm erfolgen konnte. Der Wüstling, ein stellenloser Säreiber W., der kurz zuvor an derselben Stelle schon zwei Frauen mit unsittlichen Anträgen belästigt hatte, wurde ins Amtsgerichtsgefängnis zu Hixdorf eingeliefert.

Ein tragisches Ende hätte beinahe der vielgenannte frühere Gefangenenaufseher Vertram aus Wlodysee genommen, der sich seit mehr als einem Jahr in Unterjuchungshaft befindet und wegen Durchsticherei mit Gefangenen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Nachdem das Reichsgericht das erste Urteil aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen, die zweite Strafanlage am Landgericht II aber von neuem auf drei Jahre Zuchthaus erkannte hatte, bemächtigte sich des Angeklagten eine tiefe Schwermut, die stetig wuchs und gegen Ende August so hochgradig wurde, daß Vertram von Selbstmordgedanken erfaßt wurde, zum Hofenträger griff und sich am Fensterwirdel seiner Zelle aufhängte. Es blieb aber beim Versuch, zufällig warf ein Aufseher einen Wld durch das Gndloch in der Thür der Zelle, er sah den Gefangenen hängen und so wurde der Unglückliche noch rechtzeitig abgeschnitten und ins Leben zurückgerufen. Ehe Vertram einen neuen Selbstmordversuch zu Ausführung bringen konnte, traf die Nachricht ein, daß das Reichsgericht auf die vom Vertheidiger Dr. Werthauer eingelegte Revision auch das zweite Urteil aufgehoben und die Sache nunmehr zur erneuten Entscheidung an ein anderes Gericht, nämlich das Landgericht I, verwiesen hat. Daraufhin scheint Vertram von neuem Lebensmut erfüllt worden zu sein und seine Selbstmordgedanken vorläufig aufgegeben zu haben.

An Verbrühungen gestorben ist der fünfjährige Sohn Fritz des Malers Jellmeier aus der Vorjüngstr. 29. Frau Jellmeier lag vor einigen Tagen in der Küche einen Eimer mit heissem Wasser zum Abwaschen des Egeschirres stehen, als sie sich mit ihrem Namen und dem einzigen Sohne zum Abendessen in die Wohnstube begab. Die Großmutter blieb noch in der Küche zurück. In ihr lief nun plötzlich der etwas wilde Knabe hinein und rannte den Eimer um. Das Wasser ergoß sich ihm, nachdem er hingefallen war, über Brust und Hals und verbrühte ihn so schwer, daß man ihn sofort mit einer Droschke in des Lazarus-Krankenhauses bringen mußte. Hier ist er seinen Verletzungen erlegen.

Zwei dreizehnjährige Durchbrenner werden seit einigen Tagen von der Polizei gesucht. Der Schüler der dritten Klasse der Gemeindefchule in der Wrangelstraße, Paul S., der bei seiner Tante, Frau St. in der Wrangelstr. 119 wohnte, war in der Sauerbrunnzeit Laufbursche in einem Geschäft der Wasserhorstraße. Sein Mitschüler Willy R. aus der Köpenickerstraße 188 verdiente sich in den freien Stunden ein paar Groschen, indem er auf Fuhrhöfen beim Wagenwalchen half. Die beiden Wilschchen verkehrten viel mit einander. S. gefiel es in Berlin nicht mehr, er wollte aufs Land gehen und dort arbeiten. So wenigstens erzählte er anderen Jungen. Am Freitagnachmittag voriger Woche entnahm er ein Geschäft ein

Quittungsformular, das bis auf die Unterschrift des Geschäftsinhabers ausgefüllt war. Diese Unterschrift fälschte er und erhob dann mit der Quittung bei einem Kunden in der Lindenstraße 27 M. So mit Geld versehen, begab er sich auf einen Fußweg in der Wrangelstraße, um seinen Freund abzuholen. Der Fuhrherr machte Schwierigkeiten. Aber S. wußte Rat. Sein Freund müsse unbedingt mitkommen, denn sie seien beide zum Prediger Brauenhorst von der Emmauskirche bestellt, um sich zur Konfirmation anzumelden. Am lieb der Fuhrherr sie ziehen. Am Sonnabend versäumten beide die Schule. Nachmittags trafen einige Mitschüler sie auf dem Mariannenplatz. S. sprach wieder vom dem Plane, aufs Land zu gehen, und seitdem sind beide verschwunden.

Der Feenpakt hat in diesem Sommer den so notwendig gewordenen neuen Anstrich erhalten und ist auch sonst verschiedentlich renoviert worden, so daß er jetzt von innen in seinem freundlichen Beiz einen fauberen, ja beinahe vornehmen Eindruck macht. Dafür ist das Lokal denn auch Palaistheater genannt worden. Man sitzt in den vorderen Reihen auf einer Art Subellen, deren gutes, festes Holz mit Delfarbe hübsch braun angestrichen ist. Bevor der Besucher aber an seinen Platz gelangt, fährt ihn der Weg an zwei Damen mit recht sympathischen Zügen vorbei, die ihn energischer als dies sonst in Spezialitätentheatern zu geschehen pflegt, daran erinnern, daß er der Garderobe seinen Tribut zu zahlen hat. Wir sahen, nachdem dies überwunden war, im Palaistheater ein Spiel, das Sprechlotchen genannt wird. Die Heldin des Spiels schlüpft in ihrem Namen sein tragisches Schicksal auf die Bühne; weder hat sie sich ins Wasser gestürzt, noch ist sie auf einer Rahtfabri bei Treptow verunglückt. Möglicherweise haben ihre Beziehungen zur Sree einen Grund in dem Umstande, daß sie früher an der Weibendammer Brücke mit Streichhölzern gehandelt hat. Noch vor Beginn der Handlung gestaltet sich ihr Schicksal und auch ihre Natur recht merkwürdig. Ein reicher Koué, ein furchtbar unanfängiger Patron, liebt die Streichhölzlerin von der Brücke auf, möbliert sie, zieht ihre noble Kleider an und rätet ihr sogar ein Geschäft ein. Wer nun denkt, daß so ein Schicksalswechsel das vielleicht von vornherein etwas wurmthichtige Renommee der Heldin vollends verdirbt, der irrt sich gewaltig. Denn als der wohlthätige Nothhelfer nach soviel Selbstlosigkeit an Lottchen das unbillige Verlangen stellt, ihm zum Dank ein Nisthgen zu geben, wird er von dem weiblichen Schlingel entrisst die Treppe hinunter geworfen. Nun kommt die Prüfung über Lottchen in Gestalt eines Gerichtsvolzhüehers und dann der wahre Reiter. Dies ist gleich Lottchen ein Mensch von abnormen Eigenschaften. Der Mann arbeitet als Mechaniker oder so was, verdient 45 Mark die Woche und weiß nicht, wo er so viel Geld lassen soll. Er steht Lottchen an, ihn aus der Verlegenheit zu retten, und das gute Kind erklärt sich endlich bereit, als treue Gattin an seiner Seite dafür zu sorgen, daß der Wochenlohn dienst alle werde. — Als das Stück erledigt war, kamen Specialitäten auf die Bühne, von denen einige es zu achtungswürdigen Leistungen brachten. Dem-erkt sei noch, daß die Darstellerin des Sprechlotchen ihre Rolle reißisch auffasste und sich erfolgreich bemühte, in Sprache und Gebarden das Publikum davon zu überzeugen, daß man es in der Heldin trotz der Ständes-erhöhung immer noch mit der biedereren Nachsitzergehändlerin zu thun habe.

Theater. Die erste Aufführung von „Hend, Rosmerholm“ im Deutschen Theater ist auf Freitag, den 15. angelegt. Morgen geht Max Drevers „Hans“ mit Louise Dumont in der Titelrolle neu in Scene. In dem vorangehenden Einakter von Sacano: „Ritterberg“ spielt Wifela Jandberg zum erstenmal die Rolle der Anna. — Im Oskend-Carl-Weil-Theater findet heute die erste Vorstellung von der Novität „Am 1000 Mark“ statt. — Im Schiller-Theater beginnt der Vorverkauf für die am Sonnabend stattfindende Geschaufführung des Schauspiel „Die Eire“ von Hermann Sudermann heute an der Tagesstafte. — Das Victoria-Theater am Alexanderplatz wird Sonnabend mit dem Baubedie „Die weiße Henne“ eröffnen. — Am Sonnabend wird auch im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater ein neues Stück „Die Reife nach der Tempelinsel“ gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Moderne Entbehrungslöhne. Vierundzwanzig Millionen Mark sind den Grundbesitzern in Charlottenburg in den Schoß gefallen, ohne daß sie eine Hand darum zu rühren brauchen. Der Grundwert der Stadt Charlottenburg wird nämlich vom Statistischen Amt der Stadt in einer soeben ausgegebenen Zusammenstellung auf 772 Millionen Mark veranschlagt. Davon entfallen auf die bebauten Grundstücke 588 Millionen, auf die unbebauten 184 Millionen Mark. Der Mehrwert, der den Grundbesitzern infolge der Steigerung der Grundrente in dem einen Jahr von 1897 auf 1898 zugefallen ist, wird auf nahezu 24 Millionen Mark berechnet. Diese Berechnung stützt sich auf die Veranschlagung zur Gemeindegndsteuer. Sie läßt demnach die Grundstücke des Staats, der Provinz, des Reiches, der Gemeinden usw., sofern sie zum öffentlichen Gebrauch bestimmt sind, außer Betracht. Im Durchschnitt kostet der unbebaute Quadratmeter 12,35 M., der bebauter 117,61 M. gegen 11,28 M. und 115,08 M. im Vorjahre. Die Zunahme des Wertes betrug demnach 9,49 Proz. bei den unbebauten und 2,2 Proz. bei den bebauten. Am größten war die Zunahme des Wertes der bebauten Grundstücke im Osten von der Ansebedstraße und der Fürstent-Allee. Sie betrug dort 5,31 Proz. An zweiter Stelle steht Westend mit 4,03 Proz.

Eine Verbesserung im Zu- und Abgang erhält der Bahnhof Großgörschenstraße. Dieser war bisher nur vom Platz von der Mansienstraße aus zugänglich. Jetzt wird an der Ueberführung der Bahn eine Rauer durchbrochen und so ein Thor hergestellt, durch das man vom Bahnhof in die nach rechts und links sich erstreckende Großgörschenstraße gelangt. Die Arbeiten sind nahezu vollendet.

Schöneberg. In ihrer Sitzung am Montag vollzogen die Stadtverordneten gemeinsam mit dem Magistrat zuerst die Wahl von drei Provinzial-Landtags-Abgeordneten, bei der Stadtverordneten-Vorsitzer Müller, Erster Bürgermeister Wilds und Stadtrat Heyhl die meisten Stimmen erhielten. Zu der Vorlage des Magistrats, betreffend die Beschwerde des Bezirksvereins am Botanischen Garten gegen Unterbringung von katholischen Klassen im Reform-Gymnasium wurde beschloffen, dem Magistrat in seinem Bestreben, die schulpflichtigen Kinder unterzubringen, nach Möglichkeit zu unterstützen. Zur Kenntnisnahme gelangten ferner: 1. eine Vorlage betreffend Anlegung einer Straße von der Bahnstraße nach der Colonnenstraße; 2. die Antwort der Großen Berliner Straßenbahn wegen Errichtung einer Haltestelle in der Eisenstraße, Gde Hauptstraße; 3. die Antwort der Polizeidirektion betreffend das Auslingeln von Waten auf den Straßen und Plätzen Schönebergs. Nachdem der Abschluß eines Vertrages mit der Eisenbahndirektion Berlin wegen Pachtung von Bahngelände die Genehmigung gefunden, kam ein Antrag betr. „Verstärkung der Rahngungs-mittel-Kontrolle auf den Wochenmärkten“ zur Diskussion. Stadtv. Richter wies auf die Ungünstigkeit der jetzigen Kontrolle hin und ersucht um Abhilfe. Einstimmig beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, wegen einer verstärkten Kontrolle geeignete Schritte zu thun. Hierauf fand ein Magistratsbeschluß Annahme, wonach aus dem allgemeinen Dispositionsfonds ein Betrag von 4000 Mark bewilligt werden soll, um einen Versuch zu machen, durch Zahlung von Beiträgen Einwohnern zu veranlassen, die Unterbringung der Einquartierung freiwillig zu übernehmen. Die Kosten sollen später von den Hausbesitzern nach Orisnatu aufgebracht werden. Weiter beantragt der Magistrat: 1. Es wird zum 1. April 1900 die

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Mittwoch, 6. September. Opernhaus. Der Rauber. Klassische Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Hans. Borcher. Mutterberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Jago. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Iphigene auf Tauris. Anfang 8 Uhr. Neues. Kivito. Anfang 7 1/2 Uhr. Hofburg. Der Schlafwagen. Controleur. Borcher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Der Mikado. Anf. 7 1/2 Uhr. Luisen. Bunte Kreise. Borcher: All Hell! Anfang 8 Uhr. Central. Der Betrügermarkt. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Gemmal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr. Ostend. Um tausend Mark. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Berlin laßt. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Urania. Invalide. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte. Taubenstr. 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Iphigene auf Tauris. Schauspiel in 5 Akten von W. Goethe. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Freitag, abends 8 Uhr: Iphigene auf Tauris. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmale! Die Ehre. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Central-Theater Direction: José Foranczy. Lustspiel-Ensemble. Wegen Beginn der Operetten-Saison letzte Woche! Der Heiratsmarkt. Schwan in 3 Akten v. G. D'ontowski. Anfang 8 Uhr. Morgen bis inkl. Sonnabend: Diefelbe Vorstellung. Sonntag: Gröfnung der Winter-Saison. Die Geisha, oder: Eine japanische Theatervorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstheater Chausseest. 25/26. Abends 8 Uhr: Zum 22. Male: Gemmal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Sensationsstück in 6 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola. In Vorbereitung: Die Reise nach der Teufelsinsel.

Ostend - Carl Weis - Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Zum erstenmale: Um tausend Mark. Sensationsstück mit Gesang in 6 Bildern v. F. Buchholz u. F. Hetsch. Musik von Fr. Reinhardt. In Scene gesetzt von Jos. Will. Orchester-Dirig. Kapellmeister Corn. Schäfer. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbilletts haben Galtigkeit. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Rubinierin.

Thalia-Theater. Dreßdenerstr. 72-73. Telefon: Amt IVa No. 6440. Eröffnungs-Vorstellung am 9. September. Novität! Der Novität! Plakmajor. Gesangsdramme in 3 Akten von Jean Aron und Alfred Schönfeld. Musik von Gustav Wanda. Hauptrollen: Emil Thomas, Guido Thielscher, Fritz Helmerding, Hans Junkermann, Gerda Walde, Margarita Arasop, Nelly Roland, Johanna Junker-Schatz. Neue Ausstattung. Vor der Vorstellung: Konzert der Theater-Kapelle im Tunnel. Billet-Bestellungen im Theaterbureau. Vorverkauf an der Tageskasse 10 bis 2 vormittags und 5 bis 7 nachmittags.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Direction: Richard Schulz. Jane Pieray. Allee Bonheur. Fleury Raynaud-Trio. The 6 Daineff. Berlin laßt! und das sensationelle Spezialitäten-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Das Reuhen ist in samtlichen Räumen gestattet.

Reichshallen. Stettiner Sänger. (Weibel, Vietor, Britton, Ziehl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader). Zum Schluß, neu: Stundes Pfingstfahrt. Ensemble von Kapell. Tenor Bückmann (Wachtel redivivus). Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tageskasse 11-1 Uhr. Die Plätze zu den nummerierten Sigen sind seit 8 Tage vorher zu haben!

Urania Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr: im Theater: Das Land der Fjorde. Invalide. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum Gedffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Hipples Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM Die sensationellen lebenden Photographien! in Lebensgröße. Die russische „Mignon“ Damenkapelle in moskowitzischen Kostümen. Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

Palast-Theater früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Direction: Winkler und Fröbel. Wiederholung der phänomenalen Gröfnungs-Vorstellung in den durchweg wunderbar renovierten Riejen-Prachtzimmern. Neu! Novität! Neue! Spree-Lotfden! Berliner Original-Vorstellung in 2 Akten. Hauptrollen: Erdmann, Reutter, Rich. Winkler, Bergsen, Gerichtswolglicher, Wilh. Fröbel, Helene Bok. Grosses [72782] Spezialitäten-Programm. Sensationsnummer: Das lebende Karussell. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree 50 Pf. Koffendöffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr.

W. Noacks Theater, Brunnenstr. 16. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Das Nachtlager in der Jungfernheide. Voffe mit Gesang in 1 Akt von Robert Lindeber. Musik von Reichardt. Berliner Leben. Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerde. Musik von Schmidt. Im Saale: Tanzkränzchen.

Apollo-Theater. - Stürmischer Erfolg! - Abends 9 Uhr: Frau Luna. Ferner: Otto Reutter, Yumala Tiero, Paulette Darty etc. etc. etc. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kinstlerbank“, Unter den Linden 69.

Victoria-Brauerei Sühnowstr. 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger. (Führmann, Konst. Walde). Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Borvert. 40 Pf. Familienbillets 3-1 Pf. Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Prachtbale. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntag: Großer Ball im neuerbauten Saal. Empfehle meine Säte zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Ostbahn-Park Hermann Imbs 71 Riederdorfer Str. 71, am Rührer Play. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 30 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachts 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachts 10 Pf. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. German Imbs, Direktor.

Prater-Theater Kaffeehaus-Allee 7/9. Täglich: In Freud und Leid. Volkstüd mit Gesang und Tanz von Hugo Schulz. Musik von A. Reichen. Kostümbedreite Frau. Lucie Sarow. Gebr. Millard, Grot. Duett. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrennen, humoristisches Bilderbuch. Little Parkins und Miss Lizzie, Musikal. Exercitien. Venduro-Trio, Exercitien am Hand-Trapez. Konzert und Ball. Eintritt Sonntag und wochentags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kabo. Glacere mit guter Rundschau, 5 Jahre bestehend, wegen anderer Unternehmungen billig veräußert. Feldt, Wilmersdorfer 6. Berlin, 110/18. Berlinerstr. 20.

Alcazar-Theater Variété I. Ranges. Dresdenstr. 52-53, Annonstr. 42-43. Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf. 23682* Die Direction: Richard Winkler.

Maehrs Theater Oranienstr. 24. Der Herzverführer. Operette in 1 Akt v. Leopold Gty, Brothers Runge, Frères Alexandr. Franziska Held, Else Messer, Trude Bürgel, Gustav Eulenburg, Paul Frey etc. Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gältig.

Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabends Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Vorverkauf) 20 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstag und Sonntag nach der Soiree: Tanz-Kränzchen. Victoria-Theater C. Alexanderstr. 40. Fernp. VII 1711. Direct.: V. Bausonwein u. C. Emmerich. Gröfnungsvorstellung am 9. Septemb. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: Novität! Die weisse Henne. Novität! (La poule blanche). Bandbreite in 3 Akten von Hennequin und Rars. Deutsch v. Dolten-Bäders. Musik v. B. Roger. In Paris mit senfat. Erfolge über 500 Mal gegeben.

Schnegelsbergs Festsäle Hasenheide No. 21 - Jahnstr. No. 8. Jnd.: Max Schindler. Telefon: Amt IV 1132. Empfehle den geehrten Genschaften, Vereinen, Fabriken u. meine Säte, 300 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Veranmtungen und Festlichkeiten jeder Art. Mittwoch u. Sonntag: Grosser Ball mit Schlangen- und Bombenregen und diversen Ueberraschungen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Das beste und im Gebrauch billigste und beste ist Dr. Thompson's Seifenpulver. Gänse-Artikel! Täglich frische Gänseklein 70 Pf., Gänsefleisch a Pfd. 40 Pf., Keulenfleisch a Pfd. 60 Pf., Spitzgans, Gänselebern, Gänsefüeten, Gänsehälften, Gänsehaut und Gänsegrößen, Gänsefleisch, Gänseleberwurst und Gänseleber-Würstchen 1 Pfd. Hermann Leizner, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 11 (Ede Klosterstr.) und Klosterstr. 94. Central-Kartfalle: Stand 22-26. 23775

W. Noacks Festsäle, Brunnenstr. 16. Empfehle meine neu renovierten Säte Leuchten und Gewerkschaften unter besten Bedingungen. Auch sind noch einige Sonnabende frei. 2073b

Möbel ou Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Plar. 23092* Hans Kayser Götlicher Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Dr. Simmel Moritzplatz, I. Hans v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4. Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1, 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstr. 114, I. monatlich 10 M. (einfach elegante Herrengarderobe n. Maß, Tomporowski, Schneiderstr., Reanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Nach der Kassa billige Preise). *

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt. Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Boothstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Deklaration wegen Todesfall verfallig Schallstr. 38. 100* Ruhbaummöbel-Einrichtung spottbillig, auch einzeln. Gartenstr. 32A. I. links. 170* Ruhbaummöbel, ganze Einrichtung, wegen Wegzugs spottbillig Waldemarstr. 68, I. links. 90K* Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede Königbergerstr. 1874* Teppichdecken faust man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmwalde, Berlin, Wallstr. 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 1342* Paniel - Tafelstühle, Kuchel-Beistühle, großer Schreibtisch, Säulenstisch. Anklamerstr. 30. Laden. Mechanische Strumpfwirkerin Th. Clement, Reinickendorferstr. 56. Strümpfe werden auf der Maschine sauber und billig neu- und angefertigt. Gleichzeitige empfehle mein großes Lager Wolle und Baumwolle. Spezialität: Schweiszwolle. 1132* Naturbutter, 10 Pfund 6.00 Mark 5.50. Bienenhonig Mark 4.00. G. Spitzer, Probusstr. 12. 2 Vodenpinden verkauft Tischler, Oranienstr. 74. 2381b Selbst angefertigte Sofas sind zu verkaufen. Keine Nagelarbeit. Köpenickerstr. 191. 471* Bettstellen, Matrassen, Kleiderständer, Nähmaschinen, Schlaffsofa, Küchenschrank, Stühle, Regulator, Betten, Panele, Gestränge, Küchen-Einrichtung sofort spottbillig veräußert. Waldemarstr. 27, vorn I. 110/17* Baderequisiten sofort veräußert. Bückstr. 44. 23806

Vermischte Anzeigen. Restaurant mit großem Mittagstisch wegen Krankheit der Frau sofort preiswürdig veräußert. Röhrenstr. 64, 4 Tr. Vapiergeschäft, Schulbuchhandlung mit Buchbinderei, gegenüber zwei Schulen, wegen Todesfalls gegen bar zu verkaufen. Gefällige Offerten erbeten unter U. 3 Expedition dieses Blattes. 23835* Angeschmückte Damendamen mit hübscher Handtasche, Reizeinrichtung, sonst taubeltes, von 1,10 an. Ebdens Damenkleider mit eleganten Stickereien von 1,30. Handtaschen - Wäscheladrit Dornig, Alexanderstr. 30, Vorderhaus I. 1225* Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Reparaturen. Polsterei. Wanderei. Vorkaufstr. 16. 1780* Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Brederer, Engel-Ufer 20. 1713*

Vermietungen. Wegen Krankheit Lokal billig vermietbar Petersburgerstr. 84. 1744

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tapezier-Behrling sucht Tischler, Oranienstr. 74. 23826

Korbmacher auf Remittionshöhe verlangt sofort Witwe Barwalde, Spandau, Schmaldestr. 78.

Verkauf, nur vormittags, verlangt Verkauft, Nickerstr. 10. **Korbmacher** auf Remittionshöhe verlangt G. Schlingner, Wilmersstr. 29. 1432* **Gesucht Korbmacher** auf 14 Tage, von Sonnabend ab 4 Mann auf längere Zeit. Geschloßstraße 100. 1,55 W. C. Krüger, Spandau. 23858 **Wagenladener** verlangt Krammerstr. 7, Charlottenburg. 23845 **Vader**, der auch Mutter machen versteht, verlangt Deutsch u. Sachmann. 23915 **30 Korbmacher** verlangen Robert Schmidt u. Co., Kraussstr. 6. **Drei tüchtige Tischler**, die nach Zeichnung arbeiten können, verlangen Mann u. Kunow, Rirsdorf, Steinmetzstr. 39. 23946 **Vaubische** verlangt. Wenl, Brügelstr. 19. 23956 **Stuccatore** - Vehrung verlangt. A. Sander u. Sohn, Rastanten-Allee 31. 1737 **Volterrer** verlangt. Jähdon, Frankfurter Allee 157. 1729 **Gebilde** Karton-Arbeiterinnen und Lehrmädchen werden gesucht bei G. Bode, Rastanten-Allee 26. 1737 **Karton** - Arbeiterinnen verlangt Sonnenburg, Dreßdenerstr. 127. **Jüngeres Mädchen** oder ältere Frau auf einige Stunden täglich gesucht. Gasmittelschiff, Annenstr. 40. **Singer** - Näherinnen verlangt. Wornet, Kraussstr. 6. 23858 **Mutterkränze** - Näherin, tüchtig, als zweite Directrice nach Bergen in Norwegen, auf ein Vierteljahr, zum Anlernen, ver. sofort, sucht Wäschefabrik. Offerten abzugeben im Arbeitsnachweis des Vereins der Wäschefabrikanten und Probantenbrände bei Oerg, Wundschiffstr. 1. 23877

100 Ramseln auf Jodette verlangt. Seide zum Steppen gratis. Jodette 1. Markt. Schallstr. 2. 12361b **Wäsche** auf wässerte Abendmütel gegen hohen Wochentags verlangt. Kraussstr. 48a. 23460* **Arbeiterinnen** verlangen Gebr. Stemann u. Co., Charlottenburg, Salzstr. 2. 23456* **Arbeiterinnen** auf Wäschelagen verlangt Steinull, Königsbergerstr. 19 II. 1744

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Plätterinnen 110/01 geübt auf Servietten, Unterlegplatten, Stechstragen und Ranschnitten finden dauernde und lohnende Beschäftigung b. Müller & Sussmann, Grämer Weg 119.

Licht. Schwarzdruck-Gravüre finden dauernd lohnende Beschäftigung bei R. Auerbach, Grünauerstr. 17.

Achtung, Tischler! In der Möbelfabrik von Siegel, Wasserhorst 14, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zutug fernhalten! 108/12*

Achtung, Rixdorf! In der Bauischlerei von Kurzbahn, Rixdorfstr. 6, sind die Fordernungen nicht bewilligt. Zutug fernhalten.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“. Osten: Robert Wengels, E. 15. Str. 30, D. 2. Vogel, Wilmersstr. 83. Ede. Zehn, Blumenstr. 14. Nordosten: J. Reul, Barnimstr. 42. Norden: W. Gahmann, Grünhaldenstr. 65. Carl Wiers, Rastanten-Allee 95/96. Emil Zienzenburg, Wilmersstr. 14. E. Dechant, Rüberrstr. 24. G. Vogel, Dammstr. 32. K. Ties, Jussalidenstr. 124. Nordwesten: Karl Ruders, Salzweberstr. 3. Südwesten: A. Chnefoge, Bergmannstr. 23, D. II. G. Zardor, Straßbergstr. 15. Süden: Hans Baake, Dreßdenerstr. 52/53. G. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8. Südosten: Fritz Thiel, Schallstr. 35. W. Geise, Wilmersstr. 59. Martin Weicha, Wäschelstr. 24. Centrum: B. Gorch, Spitzstr. 27. K. Ties, Breiterstr. 23. Charlottenburg: Gub. Zardor, Schillerstr. 94 I. Friedenau: G. Bernice, Straßstr. 15. Friedrichsberg: Anton Kopy, Friedrichsstr. 4. Pankow: Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15. Rixdorf: G. Oftermann, Orfstr. 6. G. Keyeran, Heermannstr. 50. Schönberg: Wilh. Bäumler, Apothekenstr. 13. Weissensee: Heinrich Radmann, Wegberstr. 1. Julius Schiller, Köpenickerstr. 39a. Rob. Tischler, Gustav-Adolfstr. 10.